

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.,
24 1/2 Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate
(1/4 Sgr. für die fünfgespal-
tene Zeile oder deren Raum;
Reklamen verhältnismäßig
höher) sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an demselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

Amtliches.

Berlin, 9. Oktober. Se. Majestät der König haben Allergnädigt ge-
ruht: Dem bisherigen Bureau-Vorsteher bei der Provinzial-Steuer-Direk-
tion zu Posen, Hauptmann a. D. und kaiserl. Rath Biernacki, den Ro-
then Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife und dem kaiserlichen
Kreuz der Friedrich-Wilhelms-Ordens zu verleihen; ferner dem Staatsminister a. D.
von der Heydt die Erlaubnis zur Anlegung des von des Kaisers der Fran-
zosen Majestät ihm verliehenen Großkreuzes des Ordens der Ehrenlegion zu
ertheilen.

Telegramme der Posener Zeitung.

Wien, Mittwoch 8. Okt. In der heutigen Sitzung
des Unterhauses brachte Bresche einen Dringlichkeitsan-
trag auf Aufhebung des Vergleichsverfahrens ein. Der
Antrag wurde dem Ausschusse zugewiesen, welcher binnen
24 Stunden zu berichten hat.

London, Mittwoch 8. Oktober. Mit dem Dampfer
„Bohemian“ eingegangene Berichte aus Newyork vom
27. v. Mts. melden, daß General Mac Clellan bei Harpers
Ferry eine Brücke zur Ueberschreitung des Potomac habe
schlagen lassen. Die Konföderirten stehen noch auf der Li-
nie des oberen Potomac. Die Gouverneure von 16 loya-
len Staaten haben eine Adresse an den Präsidenten Lincoln
gerichtet, in welcher sie erklären, seine konstitutionelle Au-
torität unterstützen zu wollen, die auf die Emanzipation
Bezug habende Proklamation billigen und die Bildung einer
100,000 Mann starken Reserve vorschlagen.

Die Journale der Südstaaten schreiben den Konföde-
rirten den Sieg in dem Kampfe bei Antietam Creek zu.
Der Gouverneur von Pennsylvania hat die zum Widerstande
gegen eine Invasion einberufene Miliz wieder in ihre Hei-
math zurückgeschickt. Man trifft Vorbereitungen, Memphis
einzuschließen, sobald es genommen sein wird.

Vom 29. v. M. wird aus Newyork berichtet, daß
die Konföderirten ihre Operationsbasis bei Winchester in
Virginia gebildet haben, sie halten aber auch Streitkräfte
am Potomacufer bereit, um die Unionisten am Ueberschrei-
ten des Flusses zu hindern.

Nach einem Gerücht wird die Armee der Unionisten
nächstens ihre Winterquartiere beziehen; eine solche Maß-
regel wird von der unionistischen Presse hart angegriffen.

Aus Veracruz eingetroffene Berichte vom 11. Sep-
tember melden, daß das Erbrechen (vomito) große Verhee-
rungen auf der französischen Flotte anrichtete. Man war
über das Schicksal eines französischen Convois, welcher mit
einer Million Dollars nach Orizaba abgegangen und be-
reits vor 10 Tagen hätte ankommen sollen, in Unruhe. Es
hieß, die Franzosen würden Salapa angreifen.

Der Adressenschwindel

Ist wieder in Gang gekommen, die Feudalisten werden aber nimmermehr
mit ihren Beteuerungen beweisen, was sie beweisen wollen, daß das
jetzige Regierungssystem Anhang im Lande habe. Die ist eine Regierung
so einstimmig verurtheilt worden. Herrn Simons Rede im Abgeord-
netenhaus ist in ihrer Schärfe kaum zu unterscheiden von einem Leit-
artikel der Volkszeitung, die man konfiscirt. Zeitungen kann man konfis-
ciren, aber die Parlamentsreden bleiben. Im Abgeordnetenhaus ist der
Ort, der Regierung die Wahrheit zu sagen, nicht in Adressen, deren Un-
terschriften einzelne, zum Theil abhängige, nicht einem System, sondern
Personen dienende Individuen mühsam zusammenklappern. Welchen
Zweck hat diese ohnmächtige Agitation? Keinen anderen, als die Person
des Monarchen wieder in den Konflikt zu ziehen. Dasselbe geschah zur
Zeit der Wahlen und erwies sich schon damals als fehlerhaft. Die so-
genannten konservativen fabrizierten Adressen und die Liberalen wählten.
Das war das Paroli. Heute folportiren jene wieder Adressen und die
Abgeordneten beschließen.

Die liberale Partei wird den Humbug nicht nachahmen; der
Monarch mag zu der gegenwärtigen Krisis eine Stellung einnehmen,
welche es auch immer sei, wer nicht vergißt, daß wir in einem Verfassungs-
staate leben, wird seine Person theoretisch dennoch außerhalb des Streits
lassen. Auch würde der König kaum mit Befriedigung dergleichen
Adressen annehmen, wenn ihm bekannt wäre, auf welchen Wegen diesel-
ben zu Stande kommen. Früher hat man zwar konservativer Seits die
Fabrikation der demokratischen Adressen bewußt, aber mehr ist an Unge-
schicklichkeit und Lächerlichkeit nie geleistet worden, als bei dieser Gelegen-
heit und selbst in unserer nächsten Nähe. Die Versicherung der Kreuz-
zeitung, daß Se. Majestät der König den Wunsch für die Vermehrung
dieser Adressen ausgesprochen habe, ist nicht glaubhaft, sie schiebt dem
Monarchen ihre eignen Wünsche unter. Diese so stümperhaft und unter
Benutzung von allerlei Täuschungen erbettelten Adressenunterschriften sind
eine Verletzung der Ehrfurcht vor dem Könige. Möge man, wenn man
den Drang dazu fühlt, die Herrn v. Bismarck und v. Roon beirathen,
möge man auch dem Herrenhause seinen Tribut bringen, das ist, wenn
auch zwecklos doch wenigstens nicht unkonstitutionell, aber über diese
Sphäre hinauszugehen, ist falsche Loyalität und erzeugt Verwirrung.

Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 8. Oktober. [Zur innern Si-
tuation; Absichten des Herrenhauses; Diplomatisches.] Die ministerielle Zeitung bringt heute noch einen Epilog zu den gestrigen
Verhandlungen und Beschlüssen des Abgeordnetenhauses. Der Prin-
cipienstreit zwischen den Auffassungen der Regierung und der Kammer
wird dadurch in keiner Weise erledigt; doch fällt ein etwas milderer Licht
auf die Stellung des Ministeriums zu dem Vincke'schen Amendement.
In dem Artikel der „Sternzeitung“ wird nämlich erklärt, daß man im Falle
der Annahme des Vincke'schen Amendements die zur Ausführung dessel-
ben bestimmten Vorlagen der Regierung zunächst hätte erwarten und
die frühere Einberufung des Landtages in Aussicht nehmen dürfen.
Auch darauf weist der Artikel hin, daß die Regierung im Sinne gehabt,
gleichzeitig mit den vom Vincke'schen Amendement angebotenen Vorlagen
in Betreff des Etats von 1862 hervortreten. Von manchen Seiten wird
behauptet, daß der Vincke'sche Antrag getrennt eine bessere Aufnahme in der
Kammer gefunden haben würde, wenn der Ministerpräsident die Andeutungen
der ministeriellen Zeitung in bestimmterer Form seinen Erklärungen einver-
leibt hätte. Uebrigens trägt man sich immer noch mit der Hoffnung,
daß die Regierung sich entschließen werde, den Landtag binnen Kurzem zu
einer neuen Session zusammenzuberufen, um eine Verständigung über
die Budgets von 1862 und 1863 anzubahnen. — Im Herrenhause
scheinen die Stimmführer noch nicht über die Politik der Budgetbehand-
lung einig zu sein. Die Regierung will sich, wie es heißt, ganz neutral
zu den Beschlüssen des Herrenhauses verhalten, damit die letzteren als
vollkommen spontan und uneinflusst dargestellt werden können. Nach
dem augenblicklichen Stande der Konstellationen erwartet man, daß das
Herrenhaus keine Zurückziehung des Staatshaushalts-Etats an das
Abgeordnetenhaus beschließen, auch nicht auf die Regierungsvorlage
zurückgehen, sondern den von der Kammer amendirten Etat einfach ver-
werfen wird. — Es gilt jetzt für entschieden, daß Preußen in London
und in Paris Botschafterposten unterhalten wird. Graf Bernstorff hat
sich für Wiederübernahme der Stellung in London entschieden. Der
Posten am Tuilerienhofe wird einstweilen unbefest bleiben, die nächste
Anwartschaft auf denselben wird allgemein dem Grafen Goltz zugeschrieben.

[Berlin, 8. Oktober. [Vom Hofe; Verschiedenes.] Der König war gestern Nachmittag mehrere Stunden hier anwesend und
hatte längere Konferenzen mit dem Ministerpräsidenten v. Bismarck-
Schönhausen und dem Kriegsminister v. Roon, die auch beide zur könig-
lichen Tafel gezogen wurden. Zu derselben hatten auch mehrere Mit-
glieder des Herrenhauses, Fürsten und Grafen, ebenso der Oberpräsident
der Provinz Brandenburg, v. Selchow, und mehrere höhere Militärs
Einladungen erhalten. Auch nach der Tafel hatte der König noch eine
Besprechung mit dem Herrn v. Bismarck und fuhr darauf nach Pots-
dam, wo er im Schlosse Glienicke den Thee einnahm. Heute Vormittag
nahm der König auf Schloß Babelsberg zunächst den Vortrag des Ge-
heimraths Mlaire entgegen und arbeitete darauf nahezu zwei Stunden
mit dem Ministerpräsidenten. Wie verlautet, handelt es sich bei diesen
Konferenzen theils um den Schluß der Session des Landtages, theils um
neue Ernennungen in den verschiedenen Branchen. Dem Vernehmen
nach kommt der König Ende der Woche wieder von Potsdam nach Ber-
lin, um im Palais einer Konzeilsitzung zu präsidiren. Mit großer
Spannung sieht man den weiteren Maßnahmen der Regierung entgegen,
da Herr v. Bismarck solche und zwar entscheidende in Aussicht gestellt
hat. — Der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin, welche als Graf
und Gräfin v. Lingen reisen, haben sich seit Montag in den hohenzollern-
schen Landen aufgehalten und bringen die bevorstehende Nacht im Schlosse
Lindig in Hechingen zu. Morgen früh setzen die hohen Herrschaften ihre
Reise über Ulm, Biberach, Ravensburg nach Friedrichshofen fort, fahren
dort über den Bodensee und gehen dann über Nördlingen, Rheinfell zc.
nach der Villa Weinburg, wo gestern von der fürstlichen Familie der
Geburtstag des Prinzen Anton von Hohenzollern gefeiert wurde. Nach
einem mehrtägigen Aufenthalt zu Weinburg reist das kronprinzliche Paar
weiter nach Mailand und schiffte sich darauf in Marseille nach Sicilien
ein. Die Frau Kronprinzessin hat sich einige Mappen mitgenommen
und will auf dieser Reise Skizzen sammeln. — Graf Bernstorff hat jetzt
seine Abreise nach London auf Sonnabend festgesetzt und macht bereits
seine Abschiedsbesuche. Heute hatte er eine längere Besprechung mit dem
englischen Gesandten Lord Loftus, der kurz zuvor von Koburg hierher
zurückgekehrt war. Am Freitag wird der König noch einmal den Grafen
empfangen. Herr v. Holzbrink, der niemals bettlägerig war, ist fast
ganz wiederhergestellt und macht täglich seine Spazierfahrten. Sobald
er einen Nachfolger erhalten hat, will er Berlin verlassen. — Die
Kunsttretergesellschaft des Direktor Carré ist gestern von Magdeburg hier
durch nach Bromberg gegangen, wo sie bekanntlich eine Zeit lang Vor-
stellungen geben wird. Im Winter will Herr Carré uns seine Gesell-
schaft vorführen und hat bereits den Otto'schen Circus gemiethet.

— Die Kreuzzeitung, welche im besten Einverständnis mit
der Stern-Zeitung das Abgeordnetenhaus heute wieder abanzelt, daß es
die zur Verhöhnung gereichte Hand der Regierung in seinem Souveräne-
tätstolze zurückgewiesen, erklärt: „Wir sprechen deshalb auch heute nicht
mehr weder von den starken Seiten des Herrn v. Vincke und von seiner
noch stärkeren Konfusion, noch von dem gelehrten Chamäleon, das sich
plötzlich für einen politischen Charakter zu halten scheint, noch von den
staatsrechtlichen Visionen des Expräsidanten, der sich abermals im Zu-
stande der „Erquickung“ befindet; ja nicht einmal von dem ersten Helden
der Fortschrittspartei, welcher schon so weit herabgestiegen ist, mit
„Schmutz“ um sich zu werfen. Womit wir es fortan zu thun haben,
das ist nicht mehr Amendement gegen Beschluß, das ist auch nicht mehr
allein Theorie gegen Theorie — das ist vor Allem die ernste und ener-
gische Praxis.“

Es ist in der That eine seltene Unverschämtheit, staatsrechtliche
Deduktionen vorzutragen, wie wir dieselben in den letzten Sitzungen des

Abgeordnetenhauses vernommen haben, Deduktionen, welche aus franzö-
sischen konstitutionellen Theorien und positivem englischen Staatsrecht
verquickt, die unzweifelhaftesten Grundsätze des preussischen Verfassungs-
rechts, ja den Wortlaut der eigenen Verfassungsurkunde geradezu auf den
Kopf zu stellen versuchen.“ Ruck!

— Nach der „Südd. Ztg.“ hätte der Hausminister Freiherr von
Schleinitz eine diplomatische Mission in Kassel ausgeführt. Er ist
aber bereits wieder hier angekommen.

— Die feudale Korrespondenz hört von „gut unterrichteter“ Seite,
daß Herr v. d. Heydt weniger wegen prinzipieller Differenzen, als wegen
des persönlichen Auftretens einzelner Minister gegen ihn, wodurch
sein Verbleiben im Amt unmöglich geworden, zurückgetreten sei.

— Nach den Londoner Blättern ist daselbst von hier die telegra-
phische Weisung eingetroffen, das preussische Gesandtschaftshotel zum
Empfang des Grafen Bernstorff in Stand zu setzen, der in ungefähr
14 Tagen dort wieder eintreffen werde.

— Die „Volkszeitung“ Nr. 235 ist von der Polizei mit
Beschlagnahme belegt; auch die von der Rathskammer bereits freigegebene
Nr. 216 noch einmal in Folge eines Rekurses der Polizeibehörde.
Dasselbe Schicksal hat die neueste „Wochenschrift des Nationalvereins“
getroffen.

Mühlhausen, 8. Oktober. Die wegen des bekannten Excesses
Verurtheilten haben ein Begnadigungsgeßuch eingereicht.

Reiße, 5. Oktbr. [Patriotisches Denkmal.] Auf Anre-
gung des Landraths Falkenberger Kreises, Herrn Baron von Koppy,
und des Rittergutsbesizers Herrn Lieutenant Henze sind mehrere Pa-
trioten mit der Absicht zusammengetreten, auf dem Vorplatze des herr-
schaftlichen Schlosses in Klein-Schnellendorf ein Friedrichsdenkmal, be-
stehend in einem Standbilde des Königs Friedrich des Zweiten in bron-
zirtem Zinkguss auf festem Fundament, zum Andenken an die am 9. Okt.
1731 in dem genannten Schlosse stattgefundene persönliche Zusammen-
kunft des großen Königs mit dem österreichischen Feldmarschall Grafen
Neipperg und die dabei geschlossene Konvention zu errichten. Die Aus-
führung des beabsichtigten Friedrichsdenkmals ist nunmehr so weit ge-
diehen, daß aus den patriotischen Beiträgen und dem von Sr. Majestät
dem Könige bewilligten Zuschusse von 100 Thalern eine Statue Fried-
richs des Großen, von dem Bildhauer Uhlenhuth und dem Gießer Gla-
denbeck zu Berlin ausgeführt, beschafft worden ist, welche auf einem von
dem Steinmetzmeister Menzel zu Reiße unentgeltlich hergegebenen
Postamente vor dem herrschaftlichen Schlosse zu Klein-Schnellendorf ihren
Platz gefunden hat und am 9. d. M., als dem Jahrestage der Konven-
tion, enthüllt und eingeweiht werden soll.

Bayern. München, 6. Oktober. [Handelstag.] Der
ständige Ausschuss des deutschen Handelstages hielt seine erste Sitzung,
in welcher er sich mit der Zollvereinsfrage beschäftigte. Die Mitglieder
des Ausschusses, welche gestern bereits hier waren, haben auf erhaltene
Einladung dem Otkoberfeste im Königszelt beigewohnt, wo dieselben dem
König vorgestellt wurden. Der König besprach sich einige Zeit lang mit
den Ausschuss-Mitgliedern und äußerte hierbei, der „N. Fr. Z.“ zufolge,
daß er die Hoffnung auf eine Verständigung mit Preußen nicht aufgebe.
Die bayerische Regierung werde in einzelnen Punkten bereit sein, entgegen
zu kommen, es müsse aber auch die preussische Regierung entgegenkom-
mende Schritte thun. Die Ausschuss-Mitglieder sollen von den Anzei-
gungen des Königs sehr befriedigt gewesen sein. Am ersten Handels-
tag, der voriges Jahr in Heidelberg stattfand, hatten nur 198 Abgeord-
nete Theil genommen; zu dem hiesigen Handelstag sind bis jetzt schon
340 Abgeordnete angemeldet und viele weitere Anmeldungen stehen in
Aussicht. Die Versammlung wird sonach eine jedenfalls sehr zahlreiche
werden.

Würzburg, 8. Oktober. Hier tagt gegenwärtig eine Versam-
lung aus bischöflichen Kommissarien aller deutschen Diözesen.
Dieselbe ist auf Betrieb des apostolischen Nuntius in Wien, des Kardinals
de Luca, veranstaltet und verfolgt hauptsächlich den Zweck, Mittel
und Wege zu bestimmen, durch welche die deutsche katholische Presse ge-
fördert werden könne.

Frankfurt a. M. 8. Okt. Nach der „N. V. Z.“ dürfte die
Versammlung der Großdeutschen, welche am 20. d. M. hier
gehalten werden soll, durch eine Invasion von freisinnigen Abgeordneten
aus Mittel- und Süddeutschland gestört werden, so daß möglicherweise
statt der gehofften schwarzgelben Resolutionen Beschlüsse im Sinne des
Nationalvereins gefaßt werden möchten.

Heffen. Darmstadt, 5. Okt. [Zum Handelstage.]
Unsere fünf Handelskammern, welche in Mainz, Worms, Offenbach,
Bingen und Darmstadt ihren Sitz haben, beabsichtigen sämmtlich auf
dem Handelstage zu München durch Delegirte zu erscheinen, und traten
gestern zu Mainz zu einer Vorbesprechung zusammen. Man beschloß
zwar, den Punkt, ob den Abgeordneten bestimmte Instruktionen mitzu-
geben seien, der Beurtheilung der einzelnen Korporationen zu überlassen,
ging jedoch zum Zweck eines Austausch und einer Einigung der Ansich-
ten in eine nähere Berathung über die Zolleinigung mit Oestreich und
den französisch-preussischen Handelsvertrag ein. Die entschiedene Mehr-
heit sprach sich hierbei, wie dies auch bei den früheren Einzelberathungen
geschehen, dafür aus, daß die Annahme des Handelsvertrags im drin-
gendsten Interesse des inländischen Handels liege; daß man daher auf
diese Annahme auch dann hinwirken müsse, wenn hierdurch die minder
vortheilhafte Zolleinigung mit Oestreich ausgeschlossen werden sollte; daß
jedoch die Anbahnung eines Handelsvertrages zwischen Oestreich und dem
Zollverein nach Sicherung des Fortbestandes desselben mittelst Ratifikation
des preussisch-französischen Vertrags ebenfalls zu erstreben sei. (Sdd. Z.)

Sächf. Herzogth. Koburg, 6. Okt. [Nationalver-
ein.] Die heutige erste Sitzung der Generalversammlung des deut-
schen Nationalvereins ward vom Vorsitzenden des Ausschusses Bennig-
sen mit der Erinnerung an den trefflichen, durch den Tod der deutschen

Sache entrückten Lehmann in Kiel eröffnet, an welche derselbe die Mittheilung knüpfte, daß der Ausschuß einstimmig in der deutschen Frage folgenden Antrag der Versammlung zu empfehlen beschloffen habe: „Gegenüber den von deutschen Regierungen an den Bundestag gebrachten Vorschlägen erklärt auf der Grundlage des Programmes vom 4. September 1840 die Generalversammlung des Nationalvereins: das deutsche Volk kann nicht mit dürftigen Ausbesserungen einer Bundesverfassung abgefunden werden, deren innerstes Wesen die Zersplitterung und politische Ohnmacht ist. Es kann nimmermehr befriedigt oder beschwichtigt werden durch das Zerrbild der Delegirtenversammlung und ähnlicher Erfindungen, welche die inneren Schäden nur zu verschleiern, nicht zu heilen bestimmt sind. Dem Rechtsbewußtsein der Nation und ihrem Verlangen nach Macht und Freiheit entspricht nur Eines: die Ausföhrung der Reichsverfassung vom 28. März 1849, sammt Grundrechten und Wahlgesetz, wie sie von den legal erwählten Vertretern des Volks beschloffen sind. Auf die Verwirklichung dieses Rechts, vor allem auf die Verfassung eines nach den Vorschriften des Reichswahlgesetzes gewählten Parlaments mit Ernst und Kraft zu dringen, ist die Aufgabe der nationalen Partei.“ Vennigsten begründete diesen Antrag mit der jetzigen Entwicklung der deutschen Frage, die daran mahne, daß das Volk sich endlich wie ein Mann um sein heiliges, nie erlöschendes Recht, um die deutsche Reichsverfassung vom 28. März 1849 schaare. Die Regierungen, welche jetzt selbst begreifen, daß sie dem Verlangen des Volkes nach einer einheitlichen und freiheitlichen Verfassung gerecht werden müssen, werden endlich nicht umhin können, ihm dieses sein Recht vollständig durch Wiedereinföhrung jener Reichsverfassung zu befriedigen. — Das Ausschußmitglied Brater aus München trug hierauf den politischen Jahresbericht mit besonderer Rücksicht auf den Stand der deutschen Verfassungsfrage vor, der durch seine Klarheit und warme Begisterung für die Sache des gemeinsamen Vaterlandes allgemein befriedigte. Gleiche Eigenschaft zeichnete den von demselben vorgetragenen Bericht über den Ausschußantrag in der deutschen Frage aus. — v. Unruh aus Berlin bestieg hierauf die Tribüne, um Namens seiner Gefinnungsgenossen im preußischen Abgeordnetenhaus die Erklärung abzugeben, daß diese ganz damit einverstanden, daß der Nationalverein endlich die Wiederherstellung der deutschen Reichsverfassung von 1849 als sein Programm hinstelle. Nachdem noch mehrere Redner für den Ausschußantrag gesprochen, während er nur von einem einzigen Redner bekämpft worden, ward derselbe einstimmig angenommen. — Eine telegraphische Depesche der „Hamb. Nachr.“ meldet: Die Generalversammlung des Nationalvereins billigte den Beschluß des Ausschusses, Beiträge zur deutschen Flotte weiter zu sammeln, aber die Ablieferung derselben an das preußische Ministerium einzustellen.

Großbritannien und Irland.

London, 6. Oktober. [Umult im Hyde park.] Im Hyde park haben sich gestern die skandalösen Auftritte von vergangener Sonntag in noch größerem Maasstabe wiederholt. Dem Garibaldiausschüß ist die Schuld diesmal nicht beizumessen; denn er war vernünftig genug, kein neues Massenmeeting einzuberufen. Die bloße Ahnung, daß es Spektakel geben werde, war hinreichend, den Park gestern Nachmittag mit Neugierigen zu füllen und um 3 Uhr mögen daselbst 30,000 und um 4 Uhr kaum weniger als 80,000 bis 90,000 Menschen versammelt gewesen sein. Die Polizei ihrerseits hatte in den verschiedenen Theilen des Parks 400 Konstabler vertheilt, welche die Weisung hatten, nur im alleräußersten Falle gewalttham einzuschreiten. Offenbar war sie auf einen so großen Menschenandrang nicht gefaßt und bald sollte es sich herausstellen, daß das kleine Häuflein nicht genügend war, dem Unfug vorzubeugen. Auf und um den großen Erdbau, welcher schon vor 8 Tagen zur Rednertribüne und zum Angriffsobjekt erkoren worden war, hatten sich schon zeitig am Nachmittag ein paar hundert mit wichtigen Spazierstöcken und Knütteln bewaffnete Irländer angesammelt. Dies und ihre herausfordernde Haltung zeigte zur Genüge, daß sie es auf einen Kampf abgesehen hatten. Der ließ auch nicht lange auf sich warten. Die große Masse, welche mit Garibaldi sympathisirte, und eben auch keine Abneigung gegen eine flotte Prügelei im Herzen trug, stürmte den Erdbau, der nicht anderes als der Redam genannt wurde, verjagte die Irländer und wurde von diesen seinerseits wieder von der kostbaren Position herabgedrängt. Es fochten die beiden Heere mit abwechselndem Kriegsglück wohl eine Stunde lang,

August v. d. Heydt.

Die in Leipzig erscheinende „Europa“ bringt folgende Charakteristik und Biographie unser's früheren Finanzministers: „Von allen den Volks- und Staatsmännern, welche das Jahr 1848 zu einflußreichen Stellungen an der Spitze der Staatsgeschäfte Preußens erhob, hat keiner so lange sein Portefeuille festzuhalten gewußt wie der ehemalige Handels- und zuletzt Finanzminister August v. d. Heydt, der erst in den letzten Tagen in Folge der bedeutungsvollen Abstimmung des Abgeordnetenhauses über das Militärbudget sich zum Rücktritt aus einer völlig unhaltbar gewordenen Position entschloß. Herr v. d. Heydt war eigentlich nie eine beliebte oder populäre Persönlichkeit, zumal nachdem im Laufe der Zeit die allerdings nicht ganz unbegründete Ansicht, daß ihm Alles daran liege, um jeden Preis Minister zu bleiben, bei wiederholten Kabinetts- und sogar Systemwechseln, die fast spurlos an ihm vorüberzugeschienen, neue Bestätigung gewonnen hatte. Vielleicht hat der Glaube, daß ihm als einem Fachminister nicht die volle Mitverantwortlichkeit für die Politik des jeweiligen Kabinetts beigemessen werden könne und dürfe, sehr wesentlichen Antheil an dieser Beharrlichkeit gehabt, die allerdings den Grundsätzen des wahrhaft konstitutionellen Systems nicht entspricht; und wenn zu diesem formell zu entscheidenden Momente noch das weit gewichtiger tritt, welches in der gesammten staatsmännischen Wirksamkeit des Ministers und in den großartigen Ergebnissen derselben liegt, so wird einem solchen Manne, dem sicherlich in der Geschichte des preußischen Staats- und Kulturlebens eine hervorragende Stelle gebührt, eine unparteiische Beurtheilung nicht vorenthalten bleiben.“

Herr v. d. Heydt ist am 15. Februar 1801 zu Elberfeld geboren. Zum Kaufmann bestimmt und, wie sich bald ergab, ganz besonders geeignet, erwarb er sich auf größeren Reisen durch Deutschland, Frankreich und England eine genaue Kenntniß der Handelsverhältnisse dieser Länder und trat frühzeitig in das alte Bauhaus seines Vaters ein, welches er später mit seinen Brüdern Daniel und Karl fortföhrte. Mit dem Vertrauen und der Achtung seiner Mitbürger beehrt, trat er als noch sehr junger Mann in den Gemeinderath und bald darauf in das bedeutende Handelsgericht seiner Vaterstadt, dessen Geschäfte er später, bis 1848, als Präsident leitete. Mit vierzig Jahren wurde er Abgeordneter für Elberfeld in den rheinischen Provinziallandtag, in welcher Eigenschaft er 1842 den vereinigten ständigen Ausschüssen und 1847 dem Vereinigten Landtage zu Berlin beiwohnte. Seine ungewöhnliche Befähigung

bis endlich die im Park zerstreuten, außer Dienst befindlichen Soldaten die Partei der Garibaldianer ergriffen, sich an ihre Spitze stellten und nach wiederholten Sturmangriffen Irland in die Flucht trieben. Damit war aber noch nicht alles beendet. Die Prügelei setzte sich in der Ebene des Parks fort, bis ihr um 1/2 Uhr durch 2 Abtheilungen Grenadiere und Jüsiliere, denen sich ein starker Trupp Polizei angeschlossen hatte, ein Ende gemacht wurde. Die Resultate dieser Demonstration lassen sich im Folgenden zusammenfassen: ein Lebehoch auf Garibaldi, in das etwa 60,000 Kehlen einstimmten; die Beantragung einer Resolution, welche die Sympathien Englands für Garibaldi aussprach und deren Genehmigung durch das Aufheben von 100,000 Händen angedeutet wurde; ein paar Duzend Verhaftungen, über deren Folgen die Polizeiberichte der nächsten Tage Aufklärung geben werden, und eine Masse von Beulen, blauen Flecken und zum Theil bedeutenden Verletzungen, über deren Zahl die Statistik ewig im Dunkel bleiben wird. Die Hauptschuld war diesmal offenbar auf Seite der Irländer, denn diese allein waren mit Knütteln bewaffnet erschienen. Heute wimmelt es von guten Rathschlägen für bessere Vorichtsmaasregeln, doch, wie gewöhnlich, kommen sie um 24 Stunden zu spät.

[Schiffbruch.] Der schöne schottische Dampfer „Jona“, von dem vor Kurzem gemeldet worden war, daß er von den Konföderirten angekauft und mit einer Masse der kostbarsten Kriegsvorräthe befrachtet worden sei, ist bei seinem Auslaufen aus dem Clyde zu Grunde gegangen. Er stieß nämlich mit einem andern neuen Schiffe, welches nach China bestimmt war, und eben seine Probefahrt machte, so heftig zusammen, daß ihm die Mittelrippen eingeschlagen wurden, die Bemannung sich nur mit genauer Noth retten konnte, er selbst aber in 150 Faden Tiefe versank. Das andere Schiff kam mit unbedeutender Beschädigung davon.

Frankreich.

Paris, 6. Okt. [Tagesbericht.] Der Aufenthalt des Kaisers in Biarritz verlängert sich noch um einige Tage; er kommt nicht vor dem 11. zurück. Es wird sogar noch am 8. ein Auditeur des Staatsrathes mit dem dem Kaiser zur Einsicht vorzulegenden laufenden Arbeiten nach Biarritz abgehen. — Daß die französischen Truppen bald von Rom weggehen würden, soll Marschall Bavaillant, der sonst zu der päpstlichen Partei gerechnet wird, in ganz bestimmten Ausdrücken einem seiner Freunde angezeigt haben. — Der Kaiser hat den französisch-anamitischen Friedensvertrag unterzeichnet. — Herr Ratazzi hat seine Reise nach Paris hinausgeschoben, kommt aber sicher hierher. Namentlich hat ihn Prinz Napoleon dazu bestimmt, der ihn darauf aufmerksam gemacht, daß, da der Kaiser nächstens in der italienischen Frage einen entscheidenden Entschluß fassen werde, eine vorherige Unterredung mit ihm im Interesse Italiens oder des Herrn Ratazzi selbst sehr zweckmäßig sein könne. — Herr v. Bismarck-Schönhausen kommt am 15. nach Paris, um dem Kaiser seine Abberufungsschreiben zu überreichen. Er wollte wegen überhäufte Geschäfte dieses zuerst durch den Prinzen von Neuz oder den Grafen v. d. Goltz abmachen lassen. Der König, der dem Kaiser aber einen besondern Beweis seiner Hochachtung zu geben die Absicht hat, besteht, wie die „France“ wissen will, darauf, daß der preußische Ministerpräsident selbst nach Paris komme. Derselben Journal zufolge wird Graf de Launay, italienischer Gesandter in Berlin, in gleicher Eigenschaft nach Petersburg gehen. Als seinen Nachfolger nennt es den General Durando gegenwärtig Minister des Aeußern in Turin. Nach dem „Pays“ ist es aber noch nicht sicher, daß Durando aus dem turiner Kabinet scheide. — Der ungarische Judeg Graf Georg Apponyi, der sich einen Monat in Biarritz aufgehalten hat, ist auf seiner Rückreise nach Wien in Paris angekommen. — Gestern Abend um 7 Uhr stieß hier am Eingange des Bahnhofes der Pariser Eisenbahn ein ankommender Personenzug auf einen Zug leerer Wagen. Mehrere Waggons wurden zerrümmert. Es blieb aber Niemand todt und es wurden nur elf Personen mehr oder weniger gefährlich verwundet. — Gestern Abend um 8 Uhr starb, wie der „Moniteur“ meldet, Vice-Admiral Baron Lemarant, der Doyen der französischen Admiräle. Admiral Lemarant, ehemaliger Adjutant des Herzogs Decrès, nahm an den Hauptkämpfen der Republik und des Kaiserreichs Theil (13 Prairial, Trafalgar, Schlachten in Indien etc.). Dieser Veteran der französischen Marine, Schwiegervater des Seepräfecten Vice-Admiral Grafen Bonet-Willamez, starb 86 Jahre alt. Seinem ausdrücklichen Wunsche zufolge wird er ohne alles militärische Gepränge begraben werden.

konnte der Staatsregierung nicht unbekannt bleiben, die ihn deshalb 1846 als Sachverständigen zu den Berliner Konferenzen über das Allgemeine Deutsche Wechselrecht ernannte, jedoch wegen eingetretener Erkrankung des Designirten den späteren Minister Rudolf Camphausen an dessen Statt einberief. Seine politische Richtung und Neigung widerrieth ihm im Jahre 1848 den Eintritt in die Nationalversammlungen zu Frankfurt und Berlin, auch ein Portefeuille in dem Kabinet Pfuel-Eichmann lehnte er entschieden ab, doch glaubte er eine patriotische Pflicht zu erfüllen, als er am 4. Dezember 1848 das ihm angebotene Handelsministerium im Kabinet Brandenburg-Manteuffel, wenigstens auf kurze Zeit und bis die Gefahr des Augenblicks vorüber, annahm, und aus gleichen Motiven verblieb er an der Spitze dieses wichtigen Departements, als ihm die bald darauf erbetene Entlassung in den gnädigsten Ausdrücken und unter Hinweis auf seine Unentbehrlichkeit verweigert wurde.

Mit allem Ernste und aller Thatkraft, die ihm eigen, ging nun Herr v. d. Heydt an die Reorganisation seines Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten; und was er als Chef desselben in dreizehn Jahren geschaffen und gewirkt, ist in der That bedeutend und großartig. Das preußische Postwesen verdankt ihm eine neue Organisation im Innern (1849), das gesammte deutsche Postwesen den epochemachenden Abschluß und die Ausbildung des deutsch-österreichischen Postvereins (1850 und folgende Jahre), dessen ganze Bedeutung und fast zwingender Einfluß sich am glänzendsten in den seitdem mit dem Auslande, mit Holland, Rußland, Belgien, Spanien, Schweden, England, Frankreich, Nordamerika abgeschlossenen Postverträgen kundgab. Die Gründung und Entwicklung des gegenwärtigen Telegraphenwesens in Preußen fällt ganz und ausschließlich in die Thätigkeit des Herrn v. d. Heydt, der aber außerdem auch zur Gründung des deutsch-österreichischen Telegraphenvereins sehr wesentlich beitrug und die Wohlthaten desselben durch den Abschluß von Verträgen mit Frankreich und Belgien (1852) und Rußland (1854) auf die gesammte internationale Korrespondenz ausdehnte. Der Eisenbahnbau in Preußen hat in Folge der großen Thätigkeit und Einsicht des Ministers eine solche Ausdehnung erhalten, daß Preußen in dieser Beziehung alle anderen Staaten des Kontinents, nach Verhältniß der Ausdehnung des Landes, übertrifft; die Länge der dem Betrieb übergebenen Eisenbahnen, welche bei seinem Amtsantritt 316 Meilen betrug, hat sich während seiner Amtsföhrung mehr als verdreifacht, der gesammte Eisenbahnbetrieb ist sowohl bei den Staats- wie bei den unter

Italien.

Turin, 6. Okt. [Die Amnestie] zu Gunsten Garibaldi's und der bei den letzten Ereignissen Kompromittirten ist jetzt officiell. Die amtliche Zeitung des Königreichs veröffentlicht heute (wie schon telegr. gemeldet) das vom König unterzeichnete Dekret und einen Bericht des Konseilspräsidenten Ratazzi, in welchem die Motive zu diesem königlichen Beschlusse auseinandergelegt sind. „Die Beweggründe“, heißt es in diesem letzteren Dokumente, „welche es der Regierung zur Pflicht machten, dem edelmüthigen Drange Ihres Herzens entgegenzutreten, bestehen jetzt nicht mehr. Die Herrschaft der Geseze ist wiederum befestigt. Das Zutrauen zu Ihrer gleichzeitig freien wie vorsichtigen Politik hat die Ungebild niedergeschlagen, die Garibaldi auf den Weg der Rebellion drängte und die Katastrophe von Aspromonte herbeiföhrte. Man hat sich überzeugen können, daß, wenn er als Kämpfer unter Ihrem Namen Wunder gethan hatte, dem nicht mehr so sein konnte, als er, uneingedenk seiner Pflichten, seine Waffen, zu welchem Zwecke dies auch geschehen mochte, gegen Ihre Rechte richtete. Jetzt nun, wo Italien wieder beruhigt ist, erinnert es sich der Dienste, die Garibaldi ihm einst geleistet, und will seine Verirrungen vergessen. Zu den Wünschen des Vaterlandes gesellen sich die aller Freunde der Freiheit und Einheit Italiens. So lange es sich darum handelte, die Rebellion zu bekämpfen, hat die Regierung die energigststen Maasregeln in Vorschlag gebracht. Heute, wo alle Gefahr vorüber ist, macht sie sich zum Organ des allgemeinen Verlangens nach Gewährung der Gnade. Die Regierung hätte gewünscht, die Amnestie über Alle ergehen zu lassen, aber gewisse Beschränkungen sind unumgänglich notwendig geworden. Das der Armee auferlegte Pflichtgefühl gestattet es nicht, die fahnenflüchtigen Soldaten mit einzuschließen. Die Ehre der Fahne verbietet uns, zu Gunsten dieser Letzteren mildernde Umstände in Anschlag zu bringen.“

[Bourbonistische Umtriebe.] Wie der bei Aquila gefangene und füsilierte Räuberhauptmann Tiberi kurz vor seinem Tode ausagte, sind im Königreiche die Vorbereitungen zu einem neuen, mit bedeutenden Kräften unternommenen Einfall bereits getroffen. Der bourbonische General Tristany hofft durch sein Erscheinen mit einer kleinen Armee in den Abruzzen die von seinen Emisären bearbeitete Bevölkerung zum Aufstande bringen zu können. Außerdem versicherte Tiberi noch, daß sich General Bosco gegenwärtig in Apulien befindet, um auch dort eine bourbonische Erhebung zu Stande zu bringen.

Turin, 6. Okt. Prinz Napoleon und Prinzessin Clotilde sind heute in Neapel eingetroffen.

Rom, 6. Okt. Der heilige Vater hat sich nach Castel Gandolfo begeben, nachdem er dem König Frau zu dessen Namensfeste, so wie auch dem König Ludwig von Bayern einen Besuch abgestattet hatte.

Rußland und Polen.

Petersburg, 8. Oktober. Das „Journal de St. Petersburg“ beantwortet einen Artikel des „Journal des Debats“ vom 28. September, der die Stellung Rußlands gegenüber Polen bespricht. Das Journal weist nach, daß der Artikel von einer falschen Auffassung der Verträge von 1815 ausgehe und sagt, nach Aufföhrung des Textes der Verträge, schließlich: Der Weg, den die Regierung einschlägt, entspreche den Pflichten, welche ihr auferlegt werden durch die internationalen Verbindlichkeiten, durch die Sorge, welche ihr das Wohlergehen des Königreichs, und durch die Nothwendigkeit der übereinstimmenden Entwicklung des ganzen Reichs auf dem Wege des Fortschritts, die durch die erleuchtete Initiative des Souverains bereits begonnen habe.

[Aus Rußland, 4. Okt. [Millenniumsfeier; Verschiedenes.] Die kaiserliche Familie ist während ihrer Reise nach Nowgorod an vielen Orten mit Ueberreichung von Brod und Salz beim russischen Volke empfangen und gefeiert worden. Das dem Kaiser in Sotniki überreichte Salzfaß war aus Silber, in Form eines Füllhorns gearbeitet, auf dem mit Goldmünzen die Jahreszahl 862 recht sauber ausgelegt war. Die Rede, welche der Kaiser am 8. September beim Empfang des Adels des Gouvernements Nowgorod gehalten, hat sehr befriedigt und auf diejenigen aus dem Adel, welche durch die Bauernemanzipation sich verkürzt und also zur Unzufriedenheit mit dem Herrscher berechtigt glaubten, einen befriedigenden Eindruck gemacht; denn eine Adresse, welche ein Comité von Unzufriedenen bereits entworfen gehabt

strenger Staatsaufsicht und nachtheiliger Bevormundung stehenden Privatbahnen vortrefflich. Von der Thätigkeit des Herrn v. d. Heydt auf dem Gebiete des seiner obersten Leitung unterstehenden Bauwesens zeugen die neue Organisation der ganzen Bauverwaltung, die Wunderbauten der über Aogat, Weichsel und Rhein geföhrten Brücken, die außerordentlich geförderten Chaussees, Fluß- und Kanalbaute, die zahlreichen Flußregulirungen und Meliorationen etc. Für die Beförderung des Handels waren der durch den Minister emig betriebene Anschluß des Steuervereins an den Zollverein (1851) und der Abschluß des Handelsvertrags zwischen dem also vergrößerten Zollverein und dem österreichischen Kaiserthum (1853) von hervorragender Bedeutung; ebenso verdient die von Preußen beschlossene und allseitig angebahnte Einführung des Zollgewichts als allgemeines Landesgewicht und die Einigung über eine Einheit der Münze, sowie die Anregung des Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuchs als der Grundlage einer deutschen Handelseinheit alle Anerkennung. Für die Hebung der Industrie zeigte sich der Handelsminister nicht minder thätig, indem er die Wiederbelebung der Leinenindustrie in Schlesien und Westfalen, die Errichtung von Flachsbereitungsanstalten und Spinnschulen, von Webeschulen und Anstalten für Musterzeichner, den Ankauf von Apparaten, Mustern und Maschinen für die Privatindustrie anordnete und unterstützte; die preußische Weberei hat ihm eine Reorganisation der Navigationschule zu Danzig und die Errichtung einer Schiffbauschule in Stettin zu verdanken. Für Hebung des gesammten Gewerbewesens diente die Neugestaltung der hierher gehörigen Bildungsanstalten in den drei Stufen der gewöhnlichen Gewerbeschulen, der Provinzialgewerbeschulen und des Gewerbeinstitutes in Berlin. Weniger zweckmäßig, sowohl für die Bevölkerung im Allgemeinen als auch für die zunächst beteiligten gewerblichen Kreise, war die Nachgiebigkeit, mit welcher Herr v. d. Heydt den Segnern der freien Arbeit (Gewerbefreiheit) durch die Gewerbeordnung von 1849 sehr unzeitgemäße Zugeständnisse machte, und in dieser Richtung seiner Thätigkeit dürfte wohl auch zunächst eine gründliche Systemänderung sich als nothwendig herausstellen. Die Preußische Bank hat durch Herrn v. d. Heydt, welcher 1851 zu ihrem Chef ernannt wurde, eine den erhöhten Bedürfnissen entsprechende Ausdehnung und eine vollständige Neugestaltung erhalten, welche letztere im Wesentlichen darin bestand, daß die Bank preußische Kassenanweisungen, gegen Kompensirung durch verzinsliche Staatsschuldverschreibungen, bis zu einem gewissen Betrage einlöste und

haben soll, um sie dem Kaiser zu überreichen, ist unterblieben und dagegen der Anschluß an die Vertrauens- und Dankesadresse von jenem Theile des Adels erfolgt. Sonach glätten sich die Furchen allmählig immer mehr aus und es steht zu erwarten, daß der unzufriedene Theil des Adels nicht nur von jeder Regung gegen die Maßnahmen der Regierung absteht, sondern auch selbst mit Hand an die raschere Reinstellung der schwebenden Bauernangelegenheit legen werde. — Außer der Gründung mehrerer Stipendien an den Universitäten, dem Gymnasium zu Nowgorod u. — und verschiedenen Amnestien und Ordensverleihungen — sind weitere Gnadenakte bei Gelegenheit der Millenniumsfeier nicht bekannt geworden. Unter den Festlichkeiten, welche an den meisten Orten des großen Reiches zu Ehren des wichtigsten Moments der Denkmalsentheiligung begangen worden, haben sich die Städte der baltischen Provinzen — darunter Riga, Reval und Narwa — besonders hervorgethan. In einer Gemeinde im Zamburger Kreise wurden am 8. September von der 1800 Seelen zählenden Bauernschaft innerhalb einer Stunde 22,186 Rubel Silber — also per Kopf gegen 13 Rubel — aufgebracht, von welcher Summe eine Kapelle zum Andenken an die Feier des 1000jährigen Bestehens des Reiches erbaut werden soll. — Das am 14. (26.) September auf der russischen Seite, in der Nähe des Fahrwassers bei Hengenberg gestrandete Fahrzeug war die schwedische Schulp „Johann“, Kapitän Berg, von Kronstadt kommend, mit Roggenmehl und nach Hönnef und bestimmt. Die Mannschaft ist mit Ausnahme des Steuermanns gerettet worden, die Ladung aber verloren. — Nach dem Manifest vom 1. (13.) September — betreffend eine neue Rekrutierung — sollen in der Zeit vom 15. Januar bis 15. Februar 1863 je von 1000 Seelen 5 Mann im Alter von 21 bis 30 Jahren ausgehoben werden.

Bei einem im September in Tambow stattgehabten Brande war der Herzog von Leuchtenberg bei seiner Durchreise durch Tambow zugegen, und sein energisches Beispiel — er trug Wasser, pumpte an den Spritzen u. — soll die Bewohnerschaft so angefeuert haben, daß Alles, was nur konnte, mit angriff, man dadurch bald Herr des wüthenden Elementes wurde und größeres Unglück verhütete. — In Reval wird Gasbeleuchtung eingerichtet und auch ein neues, sehr kostspieliges Wasserwerk angelegt, durch welches das Wasser aus dem sogenannten oberen See bis in die höchstgelegenen Häuser gefördert werden wird.

Türkei.

Belgrad, 7. Okt. In einer gestern erschienenen Proklamation des Fürsten heißt es, daß die Regierung die Konferenzbeschlüsse angenommen habe, weil durch dieselben ein Theil der serbischen Wünsche erfüllt würden, und um den gegenwärtigen Zuständen ein Ende zu machen.

Amerika.

Newyork, 24. Sept. [Die Sklavenfrage; vom Kriegsschauplatz.] Ueber den Eindruck, welchen die auf die Sklavenfrage bezügliche Proklamation des Präsidenten Lincoln hervorgebracht hat, wird dem Reuter'schen Bureau gemeldet: „Die republikanischen Blätter sprechen sich anerkennend über die Proklamation aus, meinen jedoch, sie werde keine Wirkung haben. Im Publikum hat sie durchaus keine Wirkung hervorgebracht. Das „Journal of Commerce“ meint, die Proklamation könne nur zu einer längeren Fortdauer des Krieges führen. Im Publikum sind die Ansichten getheilt.“ — Der „Times“ wird geschrieben: „Alle Leute mit Ausnahme der extremen Abolitionisten betrachten die Proklamation als einen Mißgriff. Alle Papiere gingen gestern herunter, und das Gold-Agio stieg auf 18, so wie das Silber-Agio auf 15 Procent. Die demokratische Partei sieht den Erlaß als rechtswidrig, verfassungswidrig, nicht zeitgemäß und ungerecht an, während die Ansichten der Republikaner getheilt sind.“ — Die Schlacht bei Antietam-Creek (Hagerstown) stellt sich, je mehr man darüber erfährt, immer weniger als ein Sieg für das Unionsheer heraus. Eine bedeutende Streitmacht der Konföderirten steht noch immer auf dem zu Maryland gehörigen Ufer des Potomac, und die Truppen, welche sich nach Virginien zurückzogen, thaten dies ganz gemächlich mit allen ihren Waffen, Munition, Artillerie, Bagage, Kranken und Verwundeten. Sie sind im Besitz des Shenandoah-Thales und haben bei Harpers Ferry so viele Vor-

räthe und leichte und schwere Artillerie erbeutet, daß sie für alle Gefahren und Verluste des Feldzuges in Maryland entschädigt worden sind. Der Verlust auf beiden Seiten wird noch immer auf 30,000 Mann veranschlagt. General Braxton Bragg, der ein 30,000 Mann starkes südländisches Heer in Kentucky befehligt, ist einer Schlacht mit General Buell aus dem Wege gegangen und auf Louisville marschirt. Er hat die Uebergabe der Stadt verlangt. Der Kommandant, General Nelson, hat die Uebergabe verweigert und alle Weiber, Kinder und Nicht-Kombattanten aufgefordert, Louisville zu verlassen, da er seinen Posten bis aufs Aeußerste verteidigen will. Man glaubt nicht, daß er einen erheblichen Widerstand leisten könne. General Buell verfolgt dem Vernehmen nach den General Bragg, während General Kirby Smith diesem auf den Fersen ist, so daß Buell zwischen zwei Feuer gerathen und sich zur Kapitulation genöthigt sehen kann. Herr Morgan, der Gouverneur des Staates Newyork, hat angeordnet, daß die Konfiskation am 15. Okt. beginnen soll. Es sollen 40,000 Mann ausgehoben werden. Trotz des ungeheuer hohen Handgeldes (90 L.) und der nachdrücklichen Anstrengungen, die erforderliche Zahl von Mannschaften aufzubringen, ist die Stadt Newyork für das zweite Aufgebot noch um 8000 und der Staat Newyork noch um 32,000 Mann im Rückstande.“ (Man darf nicht vergessen, daß der Korrespondent der „Times“ Alles durch eine sehr südländisch gefärbte Brille sieht.) — Südländischen Blättern zufolge hätten die Konföderirten bei Harpers Ferry 46 Geschütze erbeutet.

Vom Landtage.

Haus der Abgeordneten.

C. S. Berlin, 8. Okt. [62. Sitzung], Vormittags um 10 Uhr 20 Min. vom Präsidenten Dr. Grabow eröffnet. Die Tribünen sind spärlich besetzt. 48 Urlaubsgesuche sind bewilligt, neue Gesuche werden genehmigt. 23 Mitglieder haben bei der gestrigen Abstimmung ohne Urlaub gefehlt. Am Ministerische: General v. Koon, v. Bodelschwingh, die Regierungs-Kommissarien Geh. Admiralitätsrath Jacobi, Ebertshagen und Geh. Finanzrath Meinede. — Das Haus tritt in die Tagesordnung ein: Bericht der 14. Kommission zur Verbesserung des Gesetzentwurfs, betreffend die außerordentlichen Bedürfnisse der Marineverwaltung pro 1862. (Referent Abg. Hartort.) Es wird eine General- und eine Spezialdiskussion, welche sich auf die einzelnen Positionen erstrecken soll, stattfinden. Zur Einleitung nimmt das Wort der Referent: Diese Vorlage nimmt den Gang, wie die Reorganisation der Armee. Die Bedürfnisfrage ist die Hauptsache; warum hat denn aber die Regierung nicht die Summe auf den Etat gebracht? Am Militäretat sind 6 Millionen Thlr. getriden. Glauben Sie nach der gestrigen Erklärung, daß Sie einen Groschen davon retten werden? Ein Recht ist dem Hause geblieben, das der Bewilligung der neuen Steuern und der Anleihe. Wird man aber nach einem solchen Mißtrauensvotum, wie das gestrige, dem Ministerium die Summe anvertrauen können? Wer wird dann Lust haben, im Januar neue Steuern zu bewilligen, oder Anleihen? Diese Vorlage kann bis zum Januar bleiben, wo sie auf den Etat kommt, und wo eine Kommission niedergesetzt werden kann, wie dies der Abgeordnete für Stargard vorgeschlagen hat. Ehe das Haus neue Anleihen bewilligt, muß es seine Rechte gewahrt haben. (Es sind mehrere Redner für und gegen den Kommissionsbericht eingetragenen.)

Abg. Stavenhagen (gegen den Bericht): Die deutsche Marine ist Deutschlands Schmerzenskind gewesen; es scheint auch, als ob sie nicht wachsen sollte ohne schwere Kämpfe und Sorgen. Als die Kommission in die Beratungen eintrat, lastete auf ihr der gefühlte Druck, den die Militärfrage übte, um so mehr gefühlt, als man keinen Entschluß gefaßt hatte und Unsicherheit herrschte. Jetzt ist dieser Beschluß gefaßt und nun wird die Vorlage in einer etwas anderen Stimmung als damals zu beurtheilen sein. Der Bericht hat eine ausnehmende Vollständigkeit; es ist nicht möglich, noch andere Einwendungen, Zweifel zu erheben, als darin enthalten sind. Ob sie alle begründet sind, um die Ablehnung der Vorlage zu motiviren, werden die heutigen Beschlüsse ergeben. Die Personenfrage darf nicht ins Spiel kommen, wo es sich darum handelt, die Ehre und Sicherheit des Staates zu garantiren. Es ist also ganz gleichgültig, wer am Ministerische sitzt. Welche Bedeutung die Frage hat, kann man aus den preussischen und dänischen Zeitungen ersehen; letztere fordern, daß der Vorposten Dänemarks vor uns noch mehr ausgebaut werde, um sich die Präponderanz zu sichern. Da muß man sich doch die Sache noch einmal überlegen, ehe man die Vorlage ablehnt. Bei der Beratung des Marinetat ist auch die politische Seite ins Auge gefaßt worden; man hat von der Allianz mit Seemächten gesprochen. Verläßt man sich aber auf fremde Kräfte, so werden diese am wenigsten geneigt sein für uns einzutreten, wenn sie sehen, daß wir selbst nichts thun. Es handelt sich bei der Marine darum, daß sie den Kampf mit der dänischen Marine mit Ruhe und Sicherheit aufnehmen kann. Das ist das Ziel, wonach man streben muß. Denken wir doch an die Jahre 1849 und 1850, und dann kann kein Zweifel darüber sein, was gethan werden muß. Man kann nicht wollen, daß das auch ferner noch möglich bleibe. Es wäre wunderbar bei dem großen

allseitigen Interesse für die Marine, wenn wir jetzt zurücktreten wollten, nachdem selbst in diesem Hause vor Jahren wiederholt auf die Nothwendigkeit hingewiesen worden ist, die Marine zu verstärken. Der Referent hat gefragt, warum die Kosten nicht auf den Etat gebracht worden sind? Darüber wird die Regierung sich wohl jetzt auslassen; aber man muß doch an die Vorgänge auf diesem Gebiete in diesem Jahre erinnern, an den Kampf zwischen dem „Monitor“ und dem „Merrimac“ und das mußte für die Regierung einmündig sein, die Sache ins Auge zu fassen; die hier gemachte Erfahrung gab Anlaß, die Grundsätze für die Marine festzustellen, und so ist es zu erklären, daß die Regierung noch in dieser Session die Vorlage gemacht hat. Wenn der Ausschuss auf die nächste Session und das Niederlegen einer Kommission gefordert ist, so ist doch zu fragen, ob diese Kommission schon zum Frühjahr mit ihren Arbeiten fertig sein wird. Wer die Vorlage der Regierung ansieht, wird finden, daß sie Forderungen stellt, die sich gar nicht vermeiden lassen, die aber auch nur gering sind. Sagt man, wer A sagt, müsse dann auch B sagen, so findet dies doch nur Anwendung auf den Fassenbau. Da wo es auf die Ehre des Staates ankommt, treten die materiellen und finanziellen Rücksichten in den Hintergrund. Die Verbindung dieser Frage mit der Militärreorganisationsfrage ist nicht richtig. Man wird immer die Summe aufbringen müssen, um die Marine zu dem Punkte zu bringen, der nothwendig erreicht werden muß, um die Aufrechterhaltung der politischen Machtstellung Preussens zu garantiren. Zu leugnen ist nicht, daß in Bezug auf die Marineverwaltung früher und in neueren Zeiten große Mißgriffe vorgekommen sind, das gehört aber nicht hierher. Manches verdient aber Anerkennung; man muß nicht Alles verdammern, so hat z. B. die ostasiatische Expedition die preussische Flagge mit Ehren bis in die entferntesten Regionen getragen. (Die Unruhe auf der linken Seite des Hauses erschwert das Verständniß des ohnehin sehr leise sprechenden Redners.) Wer die leitenden Grundsätze gelesen, wird ihnen zustimmen, und das ist auch in der Kommission geschehen, und wenn man sagt, das sei noch kein Gründungsplan. So ist doch nicht zu übersehen, daß ein solcher Gründungsplan, heute vorgelegt, morgen modifizirt werden kann, in Folge neuer Erfahrungen, so daß die Regierung sich nicht an einen solchen Plan binden kann. Die Regierung will ja aber diesen Plan mit der Nachweisung der nöthigen Mittel in der nächsten Session vorlegen, und damit müssen doch alle Bedenken beseitigt sein. Redner geht auf die Anstrengungen der dänischen Marine über und zeigt, was in diesem Jahre dort an Panzerschiffsbauten vorgenommen worden ist. (Seiner entziehen sich die Details dem Verständniß auf der Journalistentribüne.) Die dänische Flotte ist in diesem Augenblick uns entschieden überlegen und nach drei Jahren würde diese Superiorität sich noch mehr herausstellen, denn bis dahin sind dort viele Neubauten vollendet. Redner bekämpft die Anschläge des vom Referenten aufgestellten Gegenplans; letzterer will ein Panzeranonenboot, obgleich er sie für unnöthig erklärt. Wenn dies der Fall, warum denn dies eine unglückliche Geschöpfung, und noch dazu aus freiwilligen Beiträgen! Experimentiren mit Schiffen aus freiwilligen Beiträgen? Ich will auf diese Aeußerung nicht weiter eingehen. Die ganze englische Flotte hat nur zwei Mörserschiffe; die dänische, schwedische und norwegische hat gar keine Mörserschiffe und es ist unerklärlich, warum der Referent gerade für ein Mörserboot 500,000 Thlr. haben will. Der Referent schließt sein Memorandum: „Eine solche Schiffsmacht braucht Dänemark nicht zu fürchten“; — ja, meine Herren, wenn Dänemark das Subjekt in dem Sage ist, so unterschreibe ich den Ausspruch.

Abg. Kerst: Mein Votum wird nicht durch Vertrauen oder Mißtrauen bestimmt. Ich habe das lebhafteste Interesse für die Marine und bedaure, daß wir seit 12 Jahren noch nicht weiter sind. Ich werde Alles mit Freuden begrüßen, was zur Beschleunigung des Werkes beitragen kann. Wenn die Regierung den Etat pro 1863 noch in diesem Jahre vorlegt, so können alle hier gestellten Forderungen noch darin aufgenommen werden. Die Forderung ist am 11. Juli gestellt, hat also keine große Eile. Auf ein Ersuchen an den Minister, wenn die Angelegenheit eilig sei, die Summe auf den Etat pro 1862 zu bringen, hat der Finanzminister ablehnend geantwortet. Im §. 2 kommt das Wort vor: „vorläufige“ vor. Um die Militär-Reorganisation aufrecht zu erhalten, dazu bedarf es neuer Einnahmen, und sie werden gefordert. Warum sollten die Ausgaben für die Marineverwaltung nur vorläufige Weise geleistet werden? Wenn die Regierung mit der Entwicklung der Flotte ernstlich vorgehen will, so muß vor Allem der Gründungsplan vorgelegt sein, den beide Häuser seit Jahren verlangen. Wird dieser Gründungsplan vorgelegt sein, dann ist der Zeitpunkt gekommen, sich auszusprechen. Wenn sich die Dänen freuen, so ist das von keinem Gewicht, und wenn wir auch die 1,400,000 Thlr. bewilligen, so werden wir doch in 3 Monaten noch nicht so weit sein, um den Dänen die Spitze bieten zu können. Erfahrungen muß man sammeln und das ist nur in Nordamerika möglich, wo in diesem Augenblick 9 Panzerwider gebaut werden. Von diesen Bauten sich die genaueste Kenntniß zu schaffen, ist für uns von höchstem Interesse. Wollen wir eine Flotte, so müssen wir uns das Recht schaffen, in Wiedenburg, Odenburg, Hannover u. s. w. Matrosen zu rekrutiren. Allein kann Preußen nichts; eine deutsche Flotte wird die Sympathien haben, eine preussische Flotte hat auf diese Sympathien keinen Anspruch. Details behalte ich mir vor. (Graf Zepplin ist eingetreten.)

Abg. Dr. Fette (gegen den Bericht): Wir sind daran gewöhnt, uns die Wahrheit zu sagen. Die Gegner wollen vorwärts und spannen die Pferde hinter den Wagen an; sie meinen, die gebratenen Tauben würden uns in den Mund fliegen. Sie wollen eine Flotte, und wollen kein Geld geben.

Literarisches.

- 1) Meyers Neues Konversations-Lexikon.
- 2) Der Globus. (In Posen J. J. Heine'sche Buchhandlung.)

Das bibliographische Institut zu Hildburghausen, durch seinen großen Verlag von Sammelwerken und Anthologien, überhaupt durch seine umfassenden Unternehmungen bekannt, wird in dem bethätigten ehrenwerthen Streben nicht müde. Und was sich mit rührigem Fleiße und ernster Arbeitskraft schaffen läßt, davon hat das Institut zu wiederholten Malen schon Zeugniß abgelegt. Wir erinnern nur an die in Hunderttausenden von Exemplaren im deutschen Volke verbreitete Großenbibliothek und die Volksausgabe von Erzeugnissen der deutschen Literatur, vom Nibelungenliede an durch alle Phasen bis zu Auerbachs Vorgeschichten.

Zu den größten Unternehmungen der Firma zählt unbedingt auch das lieferungsweise erscheinende Neue Konversations-Lexikon. Reichhaltig, vollständig, umfassend, mit sauberen Karten versehen und hübsch ausgestattet, macht es dem Pierer'schen und Brockhaus'schen Lexikon eine energische Konkurrenz, gegen welche, wie uns bedünken will, besonders das Letztere vergeblich ankämpft. Die Zeit ist vorüber, wo Brockhaus' Lexikon den Markt beherrschte; es hat eben Alles seine Zeit hienieden und schließlich ist das Geschäft damit auch gemacht. Und dann die hohen Preise, die man früher zahlen, wo möglich auf einmal entrichten mußte! Heutzutage will man billig kaufen, oder wenigstens durch kleinere Zahlungen, die nach und nach geschehen, in den Besitz größerer und kostbarer Werke kommen. Das Erscheinen im Wege der Lieferung ist dazu ein ganz vortreffliches Mittel. Die 3 Sgr., welche jede Lieferung von „Meyers Neuem Konversationslexikon“ kostet, sind eine fast nicht zu bemerkende Ausgabe; so kommt man dann nach und nach in den Besitz eines trefflichen, praktischen Buches und treuen Rathgebers.

Schon liegen uns von der neuen Ausgabe des Lexikons zwei Bände vollständig vor; wenn der dritte Band beendet sein wird, gedanken wir näher und ausführlicher auf den Inhalt und die Art der Bearbeitung einzugehen.

Auch ein anderes Unternehmen des Institutes sei unsern Lesern in die Erinnerung gebracht; einer Empfehlung bedarf die gediegene Zeitschrift „Der Globus“ nicht. Unter der geschickten Leitung des bekannten Geographen Dr. Karl Andree in Leipzig hat der „Globus“ in überraschend kurzer Zeit sich einen großen Leserkreis und eine geachtete, in seinem Gebiete tonangebende Stellung erkämpft. Die Geschäftigkeit und, geradezu gesagt, die Verleumdung, welche Petermann's Mittheilungen

(Gotha, Perthes) dem „Globus“ entgegenbrachten, den sie ziemlich unumwunden einen Nachdruck der französischen Zeitschrift le tour du monde nannten, ist glänzend geschlagen und zurückgewiesen worden durch den zwischen „Globus“ und der französischen Zeitschrift seit Langem bestehenden und in ersterem veröffentlichten Gegenseitigkeitsvertrag.

Die Illustrationen im „Globus“ sind ganz vortrefflich und beweisen die großen Fortschritte, die man besonders in neuester Zeit in der Holzschnidekunst gemacht hat. Der Text ist immer anziehend, populär und dennoch (besonders bei den Aufsätzen aus der gewandten Feder des Herausgebers) von wohlthuender stilistischer Eleganz. Den Kreisen, in welchen der „Globus“ sich schnell einzubürgern verstanden hat, ist er ein lieber Freund geworden. Und er wird es wohl auch fürder bleiben.

Im Begriff das Vorstehende in die Presse zu geben, geht uns von der Heine'schen Buchhandlung die Probenummer einer neuen Zeitschrift zu, betitelt: „Die Heimath“. Deutsches Unterhaltungsblatt mit Illustrationen. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Feodor Wehl. — Eigentum und Herausgeber: C. E. Meinhold und Söhne in Dresden. Wöchentlich 1 Bogen. Durch alle Buchhandlungen und Postämter vierteljährlich für 10 Mgr. zu beziehen.

Während unserer halbjährigen feuilletonistischen Wirksamkeit bei dieser Zeitung ist das bereits das vierte neue journalistische Unternehmen, welches uns zur Besprechung vorliegt. Von allen Seiten stürmt man konfurrend auf die „Gartenlaube“ ein, die, um das gleich nebenbei zu erwähnen, jetzt noch eine von Berthold Auerbach redigirte Beilage erhalten hat, in welcher auch die Tagesfragen in kürzer frischer Weise besprochen werden sollen. — Es ist möglich, daß der „Heimath“ eine erfolgreichere Konkurrenz gelingt, als den anderen lediglich zu solchem Zweck gegründeten, bald aber wieder eingegangenen Journalen. Feodor Wehl ist ein geschickter Redakteur und sinnig schreibender Schriftsteller, er brachte die „Deutsche Schaubühne“ auch sehr schnell in die Höhe. Aus der mit „Was wir wollen“ überschriebenen Einleitung athmet eine schlichte, herzige Gemüthlichkeit, die gegen die häßliche Biffigkeit, in welcher sich die „Gartenlaube“ nur gar zu oft sehr wohlgefällt, wohlthuend absteht. Die „Heimath“ bringt Romane, Bilder und Illustrationen aus der deutschen Geschichte, allerhand Betrachtungen, Gedichte, Humoresken, Naturwissenschaftliches und Artikel über die Gesundheitspflege.

Die neue Zeitschrift tritt bescheiden auf, vielleicht gelingt ihr auf diese Weise gerade der große Wurf, als „Heimath“ sich eine Heimath in allen Schichten des deutschen Volkes zu gründen. S. M.

dafür Noten nach Belieben ausgab, deren Betrag jedoch in Geld und diskontirten Wechseln zur Deckung stets bereit gehalten werden mußte. Dem Streben nach möglichstster Solidität, welches diesem Gebahren zu Grunde lag, muß wohl auch die sparsame Ertheilung von Konzessionen zu Privatbanken und die strenge Behandlung der wenigen Institute dieser Art zugeschrieben werden, wie denn Herr v. d. Heydt durch das Verbot des fremden Papiergeldes im Scheinen unter zehn Thalern der übermäßigen Ausgabe von unfundirtem Papiergeld entgegenzutreten sich bemühte.

Die Ergebnisse einer so reichen und fruchtbringenden ministeriellen Thätigkeit sind in ihrer Gesamtheit und Vielseitigkeit so bedeutsam, daß Niemand ihnen seine Anerkennung versagen wird, und wenn auch der Gang der Zeit und die von der preussischen Regierung immer verfolgte Handelspolitik dabei sehr mit in Anschlag gebracht werden müssen, so bleibt doch noch genug übrig, was lediglich der eigenen Thätigkeit des Ministers zu verdanken ist.

Als das Ministerium Mantouffel im Jahre 1857 der „neuen Ära“ Raum gab, verließ Herr v. d. Heydt auch im Kabinett Hohenzollern an der Spitze seines Departements, und als im Frühjahr 1862 die liberalen Elemente desselben ausschieden, verharrete er neben dem Grafen Bernstorff und Herrn v. Koon ruhig in seinem Amte und trat thatsächlich an die Spitze des durch die Herren v. Koon, v. Jagow, v. Mühlher und Graf zur Lippe verstärkten Kabinetts, übernahm jedoch das Finanzministerium, während er sein früheres Portefeuille an Herrn v. Holzbrink abtrat. Bei den nach Auflösung des Abgeordnetenhauses veranstalteten Neuwahlen gelang es ihm nicht, in seinem ihm bis dahin stets treu gebliebenen Wahlkreis Eberfeld wieder gewählt zu werden. Der Durchführung der Heeresorganisation nahm er sich mit aller Kraft an, sah sich aber endlich genöthigt, vor der imposanten Mehrheit, mit welcher die Abgeordneten sich gegen das ganze Projekt erklärten, zurückzutreten. Erschüttert wurde seine Stellung übrigens schon früher durch den bekannten Proceß, in dem durch Zeugen erhärtet wurde, daß v. d. Heydt in der Revolutionszeit über Mitglieder der königlichen Familie die stärksten Dinge gesagt habe. Seinem ausgesprochenen Voratz, sich ins Privatleben zurückzuziehen, dürfte er schwerlich mehr untreu werden, wir aber wollten unsern Lesern eine unparteiische Würdigung dieser „gefallenen Größe“ geben.

Man verliert aber die Geschichte Brandenburg-Preußens aus den Augen, wenn man vor der Lösung der Aufgabe zurückweicht. In Preußen und Deutschland begrüßt man das Auftreten der Kommission in dieser Frage in keiner Weise. Der Bericht erinnert an die Manchesterpolitik; mit dieser Politik kommt man aber nicht vorwärts. Wir müssen größere Anstrengungen machen und alle Klassen des Volkes sind dazu bereit. Man spricht so viel von dem Flottengründungsplan; es hätte doch wirklich die Vorlegung der allgemeinen Grundzüge genügt. Redner wiederholt zum Theil die vom Abg. Stavenhagen entwickelten Ansichten. Er meint, jetzt wiegen Monate so schwer, wie früher Jahre. Man muß hier entschieden von Theorien warren. Die Militär-Reorganisation kann uns von diesem notwendigen Schritte, zu dem das Geld da ist, nicht abhalten. Es ist ferner eine Prinzipienreiterei, stets Alles von der Vorlage des Gründungsplanes abhängig zu machen. Hier handelt es sich keineswegs um einen Gegenstand, der mit der Militärfrage in Verbindung steht. Die Gründung der Flotte ist ein Gedanke, der weit hinausreicht über unsere politischen Ansichten. Was die Bemanning der Flotte betrifft, so kann man sie dem Marineminister überlassen. Will Preußen in Deutschland eine Rolle spielen, so muß es vor Allem Anstrengungen machen.

Abg. Reichenheim: Die Vermehrung der preussischen Flotte mag sehr große Sympathien in Deutschland gehabt haben; das war aber zur Zeit des liberalen Ministeriums. Mit dessen Rücktritt sind die mit Hamburg und Bremen schwebenden Verhandlungen abgebrochen, sind die Sympathien geschwunden. Ohne Gründungsplan hat man schon 20 Millionen ausgegeben; ohne Gründungsplan baut man planlos; es handelt sich hierbei nicht darum, ob später anstatt Panzerfregatten, Panzerkorvetten gebaut werden, er muß aber zur Basis in finanzieller Beziehung dienen. Der Vorsitzende der Kommission müßte zugeben, daß man in derselben einstimmig der Ansicht war, daß eine Erweiterung der Flotte Bedürfnis sei, dieselbe aber nicht auf Kosten einer neuen Anspannung der Steuerkräfte des Landes eintreten dürfe. Man müsse daher aus Gründen der Möglichkeit, Nothwendigkeit und der Erfahrung mit aller Entschiedenheit die Vorlage ablehnen. Führt jetzt Dänemark einen Krieg herbei, so würde er einen andern Verlauf haben, als 1849, wo man gewissermaßen nur freundlichst Krieg geführt. Redner geht dann auf die finanziellen und technischen Details näher ein und regt auch konstitutionelle Bedenken gegen die Vorlage an. (Der Vicepräsident Hr. v. Bockum-Dolffs hat den Vorsitz übernommen. — Der Feldmarschall v. Wrangel hat kurze Zeit der Sitzung beigewohnt.)

Abg. Karsten bekämpft den Kommissionsbericht. Einseitige Gutachten könnten kein solches Gewicht haben, als die Urtheile einer Verwaltung, der ganz andere Erfahrungen zu Gebote stehen. Die Grundzüge seien der Art, daß sie den Gründungsplan nicht alteriren würden, und daß die Grundzüge für gut und ausführbar anerkannt, brauche man auf die Vorlage des Gründungsplans nicht so hohen Werth zu legen. Man habe hier erklärt, man habe es nur mit der Sache, nicht mit den Personen zu thun, und doch spreche man sein Mißtrauen unverhohlen aus. Das sei doch schwer mit einander vereinbar. Wollte man auf die Äußerungen der dänischen Blätter nichts geben, wolle man von den Feinden nichts lernen, so möge man doch wenigstens auf die warnende Stimme der Freunde hören. Soll man sich da hinter kleinliche Rücksichten verschließen und eine so wichtige Vorlage ablehnen? Das Wort vorschlagsweise im §. 2 könne ganz gut gestrichen werden. Die Lage des Staatschases sei eine solche, daß man die Ausgabe definitiv machen könne, ohne den Zweck des Schases zu alteriren. Der Referent selber habe sich früher dahin ausgesprochen, daß man mit dem Verbleiben in der Defensive nichts ausrichten könne, daß man im Stande sein müsse, die Offensive zu ergreifen. Dazu werde das Haus die Mittel bewilligen.

Abg. Waldert: Vordredner habe sich auf die Sympathien des Landes berufen; eine deutsche Flotte sei etwas anderes, wie eine preussische. Den Zadebussen habe er mit Freuden beigestimmt, aber nur für die Zukunft. Er erinnere sich da der Vorgänge bei dem Bau der Köln-Mindener Bahn; die kleinen Städte hatten gehört, eine Eisenbahn bringe nur Gewinn, wenn eine Stadt nicht an derselben liege, und wenn sie nur einen Bahnhof habe. Eine Stadt erklärt da auch, den Bahnhof wollen wir, die Eisenbahn brauchen wir nicht. Außer dem Flotteneufstadium müßte man sich des Mandats eines Abgeordneten erinnern. Die finanziellen Bedenken seien gewichtig, man solle hier einen Kredit geben für Dinge, die man gar nicht kenne, und wenn sich nun auch der Vorsitzende der Kommission, ein Mann, dem man Enthusiasmus für die Flotte gewiß nicht absprechen kann, sich gegen die Vorlage erklärt, so müßten gewichtige Motive sich geltend machen, die den Redner bewegen könnten, von der Ansicht des Vorsitzenden abzuweichen. Wenn die Regierung zugebe, daß für die Ausgaben keine Deckung vorhanden sei, so begreife man es, warum die Forderung nicht im Etat erscheine, denn dann wäre das Defizit noch größer geworden. Es handle sich nicht um ein Mißtrauen gegen Personen, sondern um eine Nichtmöglichkeit des Vertrauens gegen ein Staatsministerium, das sich außerhalb der Budgetparagraphe der Verfassung stellt. Einem solchen Ministerium carte blanche zu geben, sei ganz unzulässig. Es fehlten uns noch Reparaturanstalten; was solle aber eine Flotte im Kriege ohne Reparaturanstalten im eigenen Lande. Nicht im festen Sinne, der nach Plan handelt, besteht das Wesen der Bureaukratie, sondern im planlosen Verfahren. Auch der Vorwurf der Prinzipienreiterei sei ungerecht. Die erste Autorität für Schiffbau in England, Lord Russell, hält einen Plan für nötig und sieht die Ursache aller begangenen Fehler in der Organisation und Administration der Admiralität. Der Mangel an einem Plane sei Schuld an der unnützen Vergeudung von 12 Millionen in den letzten 3 Jahren. Hiermit solle kein Vorwurf gegen den jetzigen Marineminister ausgesprochen werden, aber auf die Vorlage des Gründungsplanes müsse man doch bestehen. Er verstehe nichts vom Schiffbau, wenn man aber in dem Regierungsplan Dinge für gut erklären sieht, die von anderen Autoritäten bestritten werden, so müsse man sich doch sagen, daß die Sache unklar sei und daß man die Regierung nicht so ohne Weiteres zum Bau von 24 Panzerschiffen autorisiren könne. Auch die Dringlichkeit sei zu bestritten. Ein plötzlicher Angriff seitens Dänemarks sei ganz außer dem Bereiche der Möglichkeit. Er spreche heute zum ersten Male von Schleswig-Holstein und darüber freue er sich; kämen wir aber in einen Seekrieg mit Dänemark, so werden wir nicht Dänemark allein, sondern andere Mächte finden, die auch ein Interesse daran haben, daß Deutschland keine Seemacht werde. Wenn man die Militärforderung abgelehnt, um das Land nicht zu belasten, so kann auch diesen Antrag nicht annehmen. Auch auf ein Amendement, die Summe aus dem Staatschatz zu entnehmen, dürfte man nicht eingehen.

Der Finanzminister v. Bodelschwingh geht auf das Wort „vorschlagsweise“ im §. 2 ein. Das Haus dürfte kaum erwarten, daß er den Ansichten seines Vorgängers heute schon entgegengetreten werde. Werde das Wort gestrichen, so werde die Regierung deshalb die Vorlage nicht für unannehmbar halten. Die Frage, wie die Gelder zur Ausführung des Planes zu beschaffen, sei eine vollständig offene; die Mittel werden nur unter Mitwirkung des Hauses beschafft werden. Hier handle es sich um einen bestimmten Zweck, um Ausgaben, deren Ausdehnung sehr möglich sein dürfte. Hier könne man nicht von Vertrauen und Mißtrauen sprechen, sondern man müsse den Zweck ins Auge fassen und die Mittel zur Erreichung desselben bewilligen.

Von dem Abgeordneten Roepell (Danzig) ist ein Amendement eingebracht und zahlreich unterstützt. Es lautet, statt der §§. 1 und 2 der Regierungsvorlage zu setzen: „Der Kriegs- und Marineminister ist ermächtigt, zur Beschaffung von 3 Panzerbooten 600,000 Thaler als erste Rate zu verwenden. Die Mittel zur Deckung dieser Ausgabe, wie der zweiten und dritten Rate von je 600,000 Thaler sind aus dem Staatschatz zu entnehmen.“

Der Marineminister General v. Roon: Er bedauert, daß der Erfolg seiner Einreden zweifelhaft sein wird, er müsse aber seiner Pflicht genügen. Der letzte Vordredner hat von prinzipiellen Bedenken gegen das Ministerium gesprochen; ich glaube, daß ich darauf zurückzukommen Anlaß haben werde. Die finanziellen Bedenken sind von großem Gewicht und was die technischen Bedenken angeht, so hat sich Vordredner auf eine Autorität und auf eine Zeitschrift bezogen. Die Unfähigkeit, zwischen entgegengesetzten Rathschlägen zu wählen, ist die Urtheilslosigkeit; das ist also kein Einwand gegen die Verwaltung des Marineministeriums in einer Person. Ich glaube, daß mir ein begründeter Urtheil über meine Zulänglichkeit zuhelfen als dem Referenten. Schreibt man Vordredner, so entwickelte sich das Metier zu tabeln zur Gewohnheit, und so geht es auch wohl mit der „Glocke der Zukunft“. Ich verkenne nicht, daß die Ausgaben für Heer und Marine bedenklich sind, aber Preußens Ressourcen müssen ausreichen, um Preußens Ehre zu Wasser und zu Lande zu wahren. Die Vorlage verlangt kein carte blanche für die Regierung und die von dem Abg. Reichenheim gezogenen Konsequenzen liegen in weiter Ferne. Die Forderungen belaufen sich nicht auf 25 Millionen; es sind ihrer 4, von denen die ersten 3 solche Konsequenzen nicht in sich schließen; zur Fortsetzung der begonnenen Schiffsbauten

werden nur 220,000 Thlr., zur Beschaffung von Uebungsschiffen 200,000 Thlr., zu Panzerbauten höchstens event. 1,600,000 Thlr. gefordert. Wer die Sache mit dem Auge eines Kenners sieht, kann keinen Zweifel darüber haben, daß die Anlage eines Kriegshafens eine kostspielige Sache ist. Wenn da 380,000 Thlr. gefordert werden, so kann es sich höchstens um die ersten Terrainerwerbungen zu günstiger Zeit, um den Bau von Arbeiterhütten u. s. w. handeln. Die Regierung hat die Vorlage nicht früher gemacht, weil sie geglaubt hat, diese Angelegenheit sei als Extraordinarium zu behandeln, als ein Schritt zu einem Ziel, der durch ein Ordinarium nicht zu erreichen ist. Es ist ein besonderes Geistes und keineswegs ein integrierender Theil des Etats von 1862 oder 1863 oder ein hinführender Bote zum Extraordinarium. Die Vorlage ist wohl überlegt; sie war opportunistisch und da ist auf die Vergeisterung, auf das allgemein gefühlte Bedürfnis in Deutschland hinzuweisen, opportunistisch war sie auch aus politischer Nothwendigkeit, und sind die Sympathien für die Flotte in diesem Hause nicht erloschen, so muß man sie durch Gewährung der heute sehr mäßigen Forderungen betheiligen. Die Forderungen unter 2 und 3 können nur dann abgelehnt werden, wenn man der Regierung eine Verlegenheit bereiten will. Die „Amazonen“ ist mit einem Theil der schätzbaren jungen Kräfte zu Grunde gegangen. Die dunkeln Gerüchte über Versehen der Marineverwaltung gehen noch durch die Presse, die es sich zur Aufgabe gemacht, die Regierung mit Noth zu benehmen. Die Verwaltung hat den Tag nicht zu scheuen, es ist aber leicht, zu verleumden. Der Verlust der „Amazonen“ hat der Regierung die Pflicht auferlegt, für andere Uebungsschiffe zu sorgen, erforderlich zur Ausbildung von Kadetten. Schritte dazu sind in England geschehen, die Marineverwaltung hat das Bedürfnis befriedigt und die Schiffe angekauft, obgleich die Bewilligung noch nicht gegeben war. So aber kann man doch die Regierung nicht binden, daß man ihr sagt, sie dürfe ohne vorherige Bewilligung nicht einen Finger rühren. Ich würde glauben meine Pflicht verlegt zu haben, wenn ich die entstandene Lücke nicht sofort ausgefüllt hätte. Was die Panzerboote betrifft, so müßte man sie eigentlich Panzerschiffe nennen, denn sie können keineswegs so klein gebaut werden, als man es gern habe möchte. Wenn der Sag wahr ist: „kleines Schiff, kleineres Ziel“, so ist auch die Wahrheit des anderen Satzes nicht zu bestreiten: „Je kleiner das Schiff, desto unsicherer ist der Schutz“. Bei den Bestellungen in England auf Panzerschiffe zu Modellen hat man Rücksicht nehmen müssen auf unser Fahrwasser und auf dasjenige unseres nächsten Gegners. Was diese Panzerschiffe betrifft, so sind die Käufe allerdings noch nicht gegeben und die eingegangenen Verbindlichkeiten nur moralisch. Ich für meine Person halte mich aber für gebunden, diese Verbindlichkeit zu erfüllen. (Bewegung.) Man hat die Bereitwilligkeit kundgegeben, für den Bau der 3 Panzerschiffe gleich die beiden anderen Raten zu je 600,000 Thlr. genehmigen zu wollen. So dankenswerth diese Bereitwilligkeit ist, so wird die Regierung doch nicht darauf eingehen können. Man offerirt damit der Regierung 1,200,000 Thlr., die ihrer Zeit schon gefordert werden werden, deren sie aber in diesem Jahre nicht bedarf. Die Forderungen waren auch aus politischen Gründen opportunistisch, durch die politische Lage bedingt, über welche ich mich nicht näher auslassen will, die aber das Hinausschieben bis ins nächste Jahr nicht gestattet. Was den Vorschlag wegen eines Hafens in der Ostsee betrifft, so steht er in keiner direkten Beziehung mit der Vorlage. Welcher Punkt auch zu diesem Hafen auszuweisen werden mag, Vorarbeiten werden immer und überall nötig sein und zu diesen Vorarbeiten allein sind die 380,000 Thlr. bestimmt. Man muß mit dem Anfange anfangen, und sehr richtig lag der Abgeordnete für Königsberg i. N.: „wer schwimmen will, muß ins Wasser gehen.“

Daß eine preussische Flotte in Deutschland keine Sympathien haben soll, kann doch nur eine objektive Ansicht sein. Deutschland freut sich sehr einer starken preussischen Armee und es wird sich auch einer starken preussischen Flotte, die das gemeinsame Vaterland vor Unbill schützt, freuen. Deutschland bedarf zu Lande und zu Wasser eines starken Heeres, an den sich die schwachen Kräfte anschließen, und dieser Kern ist da — er ist Preußen. (Beifall.) Herr Kerst hätte gleich sagen sollen, was er unter Organisationsgesetz versteht. Man hat auch von der Unerlässlichkeit eines Gründungsplans gesprochen. Die leitenden Grundzüge scheinen mir doch die Hauptsache zu sein. Mit den Gründungsplänen ist es ein eigen Ding. Es sind ihrer schon 4, 5 ausgearbeitet worden und als sie fertig waren, waren sie nichts mehr werth. Es war auch einer fertig, als der Kampf zwischen den amerikanischen Panzerschiffen stattfand, er wanderte in den Papierkorb. Und die Erfahrungen der Neuzeit sind noch lange nicht beendigt. Schon jetzt geht das Wort durch die Welt, daß man mit den gepanzerten Schiffen den Stein der Weisen noch nicht gefunden habe, und es ist bekannt, daß England und Frankreich mit ihren Panzerriesen in Betreff der Seetüchtigkeit schlimme Erfahrungen gemacht haben. Wird mir das schätzbare Vergnügen zu theil, in einigen Monaten wieder vor dem hohen Hause zu stehen, so werde ich wahrscheinlich von neuen Erfahrungen zu sprechen haben. Den Gründungsplan werde ich vorlegen und durchaus nicht empfindlich sein, wenn er bemängelt wird. Wenn von dem Urtheile Russells über die englische Marineverwaltung gesprochen und diese Gelegenheit benützt worden ist, auf die preussische Verwaltung einen ungünstigen Blick zu werfen, so erwiedere ich, daß die englische Marineverwaltung das Licht nicht zu scheuen hat, daß es ihr aber so gegangen ist, wie es der preussischen Marineverwaltung gehen wird: sie wird Pläne aufstellen, die dann durch die Erfahrung amendirt werden. Was die finanzielle Seite der Frage betrifft, so befindet sich der Herr Finanzminister in einer günstigen Lage als ich, denn er rechnet mit bekannten Größen. In technischer Beziehung hingegen rechnet ich zum Theil mit unbekannten Größen und da muß ich mir die Freiheit ausbedingen, von jeder neu gemachten Erfahrung nach meinem Ermessen Nutzen ziehen zu dürfen. Ich will einer commission d'enquete nicht die Nothwendigkeit absprechen; um der Schwerfälligkeit dieser künftigen Unbekannten willen aber wird sie doch leicht in die Lage kommen, die Opportunität der Frage außer Acht lassen zu müssen, und Sobann würde herankommen, ehe man sich geeinigt habe. Der Referent hat in seinem Eifer für einen Gründungsplan die vorläufige Aufstellung von Schiffen ein Stück Papier mit Zahlen ohne Werth genannt. Ein Stück Papier ohne Werth ist es nur nach dem Werth, den der Empfänger darauf legt; das Papier, auf dem Referent seinen Gegenplan geschrieben, hat keinen größeren Werth für mich. Die Kommission spricht von der 13jährigen Verjährung in Betreff der Beschaffung eines Ozeanhefens, und daß man im Jahre 1855 von Kriegsschiffen mit 90 Kanonen geredet habe. Wovon man damals geredet, rede man heute nicht mehr, und der Mangel dieses Hafens ist ein so schreiender, daß eben die Mittel zu dessen Herstellung schleunigst bewilligt werden müssen. Ein Vorwurf für die Marineverwaltung und namentlich für die jegige liegt darin nicht. Man hat im Berichte auch getadelt, daß nicht tüchtige, erfahrene deutsche Baumeister herangezogen worden seien. Ich habe einen sehr tüchtigen Mann hier neben mir sitzen, und ich habe nichts unterlassen, um tüchtige Kräfte heranzuziehen. Der Minister widerlegt nun nach und nach alle Angriffe, die in dem Berichte enthalten. Er sagt u. A.: Es ist gar nicht einzusehen, warum die Salonfähigkeit dem Marineoffizier abgesprochen werden soll. Ein rechter Mann befindet sich wohl am Bord wie am Hofe. Für diesen Bericht ist das Aufzählen alter Sünden ohne allen Zweck. Die „Elbe“ ist ein gutes Schiff und wenn dem Referenten über dasselbe ungünstige Privatmittheilungen zugegangen sind, so mag er sich die Quelle derselben näher ansehen, damit er sich nicht zum Echo subalterner Unzufriedenheit mache. Man klagt über die Höhe der Generalkosten; die Klage ist begründet, der Fehler liegt aber darin, daß der Körper, für den sie veranlagt werden, so klein ist. Zum Schluss will ich noch auf eine heute mehrfach gemachte Bemerkung antworten: Es ist richtig, daß die Flottenbeiträge aus einem gewissen Theile Deutschlands, aus einem Centrum, dem viele Herren aus dem Hause nahe stehen, zu fließen aufgehört haben. Es besteht selbst ein Inhibitorium in dieser Beziehung. Ich kann aber doch nicht umhin, zu konstatiren, daß die meisten Gaben aus dem engeren Vaterlande direkt, ohne Vermittelung eines Vereins, an mich gelangt sind. Hält dieser Verein seine Gaben aus Parteirücksichten zurück, so ist das seine Sache. Das Mißtrauen gegen das Ministerium ist auch aus Parteianichten hervorgegangen. Ist denn aber die Ehre Preußens auch eine Parteianicht? Stehen in diesem Hause Parteirücksichten höher als die Rücksichten auf das Wohl des Vaterlandes? (Bewegung.) Ich glaube nicht daran und müßte ich es glauben, so erfüllte mich der bloße Gedanke daran mit Schaudern.

Die Generaldiskussion ist geschlossen. (Der Minister v. Jagow ist eingetreten.) Der Referent widerlegt nach der Reihe die von den einzelnen Rednern gegen ihn und gegen den Bericht gerichteten Angriffe, ist aber im Zusammenhange nicht zu verstehen. Er findet die Art und Weise, wie die Regierung mit der Kommission umgegangen, für hinreichend, um die Vorlage abzulehnen, denn nicht um das Geld handle es sich. Wenn die Regierung von einer offenen Frage spreche, so heiße das so viel als offener Geldbeutel. Er sei ein Dilettant, aber ein solcher, der seine Erfahrungen

aus eigener Tasche bestreitet und nicht auf Staatskosten macht. Den Marineminister halte er für ein organisatorisches Talent, seinem alter ego gegenüber stelle er sich aber zum Examen. Ueber die „Amazonen“ wolle er nicht sprechen, weil die Sache noch vor den Gerichten schwebt. Die Presse habe nur ihre Schuldigkeit gethan, als sie diese Angelegenheit beleuchtete u. s. w. Die commission d'enquete werde vielleicht schwerfällig und darum auch Manchem sehr lästig sein. Der ganze Streit drehe sich nicht um die 1,400,000 Thlr., sondern darum, zu verhindern, daß die Regierung künftig nicht hinter dem Rücken handle, ohne vorher zu fordern, darum, zu erlangen, daß die Forderung auf den Etat gebracht werde.

Zu dem Amendement Roepell ist von dem Abg. Rasow das Unteramendement gestellt, hinter Beschaffung zu setzen: 1) von Uebungsschiffen 200,000 Thaler, 2) von u. s. w. Das Amendement ist hinreichend unterstützt. Zu persönlichen Bemerkungen nehmen das Wort: Der Marineminister zur Verteidigung seines alter ego, der vielleicht die dicken Bände nicht so findet hat, wie Herr Hartort, in der Leistungsfähigkeit es aber gewiß mit ihm aufnimmt. Es sei ihm sehr lieb, daß der Referent kein Dilettant auf Staatskosten ist; die Abgg. Stavenhagen, Kerst, Karsten, der Referent, worauf die Sitzung um 3/4 Uhr auf morgen um 10 Uhr vertagt wird. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Debatte; Berichte der Agrarkommission und der Handelskommission.

Lokales und Provinzielles.

x Posen, 9. Oktober. [Turnverein.] Die gestrige Hauptversammlung des Turnvereins war sehr zahlreich besucht. Der Direktor des Vereins, Rechtsanwalt Pilet, eröffnete dieselbe um 8 Uhr. Nach den Berichten, welche die Schrift- und Kassenvorsteher erstatteten, wurde die vom hiesigen Turnbruder Werner entworfene, von Schweriner Damen gestiftete prächtige Fahne des Schweriner Turnvereins, die nächsten Sonntag dem Vereine übergeben werden soll, gezeigt. Zur Theilnahme an diesem Fahnenweihefest hat der Schweriner Turnverein den unsern in einem herzlichen Schreiben eingeladen. Der erste Turnwart, Lehrer Bezowski, ist aus dieser Stellung, nicht aber aus dem Verein geschieden, der zweite Turnwart (Ref. Rosenthal), hat die Leitung übernommen, Turnbruder Schmidt wird ihn als zweiter Turnwart ohne Remuneration zu beaufsichtigen, assistiren.

Die Versammlung beschließt einstimmig, die bisher gewährten Remunerationen im Ganzen dem nunmehrigen ersten Turnwart zu überweisen. Das im November zu begehende Stiftungsfest soll durch ein einfaches Turnermahl gefeiert werden, da für eine größere Feier kein hiesiges Lokal als zureichend befunden worden ist, die Benützung des Theaters sich als zu umständlich und kostspielig erwiesen hat. — Der Singwart, Sekretär Beier, kündigt ein demnächst zum Besten des Fonds für die Turnhalle stattfindendes größeres Konzert, von den Sängern der Turner ausgeführt, an. — Die Versammlung trennte sich gegen 10 Uhr.

[Der Radwislanin] wird wahrscheinlich sobald nicht wieder erscheinen, da ein Theil der für ihn bestellten Ration auf Prozeßkosten verwendet ist; es müßten denn die Freunde außer den Substitutionsmitteln für die Familie des Redakteurs Danielowski auch für die Vollständigung der Ration Sorge tragen. Aus Danzig wird dem „Dziennik p.“ geschrieben, daß D. täglich nur drei Stunden innerhalb des Hofes des Forts spazieren dürfe, während andere Staatsgefangene den ganzen Tag frische Luft genießen. Dies letztere möchte aber sehr zu bezweifeln sein.

[Kapitulationen.] Der 16 Jahr alte Schuhmacherlehrling Karl Heinrich R. gefiel sich in seinem Lehrverhältnis nicht mehr, entließ deshalb am 1. d. M. und genoss 3 Tage hindurch der goldenen Freiheit; doch mochte ihn wohl am 4. Tage die Sehnsucht nach den Fleischtöpfen der Frau Meisterin in die Nähe der Behausung auf der Wallische führen, da es bekanntlich nicht leicht wird, sich ohne Geld oder sonstige Subsidienmittel längere Zeit zu erhalten. Er wurde wenigstens am 4. d. M. von seinem Lehrmeister in der Nähe der Wallischebrücke angetroffen und von diesem verfolgt. Der entschlossene Lehrling, den Spannummern mehr als den Tod fürchtend, lief schnell die Wassertreppe an dem Engel'schen Speicher hinunter, stürzte sich ins Wasser und fing, bis am Halbe in demselben stehend, mit dem erschrockenen Meister zu kapituliren an. Nach geschlossenen Friedensverhandlungen wurde der todesmüthige Eleve, mit Hilfe eines ihm zugereichten Ruders, wieder auf das Trockne gebracht. Wir hoffen, daß ihm das kalte Bad als Strafe angerechnet werden sei.

Der Pächter des hiesigen Schützenhauses hat vielleicht das Mittel entdeckt, den Frieden der Gilde wieder herzustellen; er hat ihr wegen der obschwebenden Differenzen eine Geldbusse von 250 Thlr. auferlegt, die er als besonderen Erlas für unterbliebene Vergnügungen fordert, eine Summe, die er bedeutend zu erhöhen droht, wenn die Herren nicht bald zur Ordnung zurückkehren. Item, es hilft; zu einer in Folge dieser Eröffnung auf heute einberufenen Sitzung des Verwaltungsraths ist, der deutsche Aelteste, Hänsch, zugezogen, sein verkanntes Recht also wieder hergestellt worden.

R — [Ein Vorschlag.] In Nr. 230 dieser Zeitung vom 2. d. Mts. wird darüber gesprochen, daß dem neuen Lokale der hiesigen Kasino-Gesellschaft, — Kanonenplatz Nr. 9 — eines der Haupterfordernisse, der Ballsaal fehlt. Aber noch ein anderer, bereits dem früheren Lokal beizuhabender Mangel tritt hervor: es fehlt der, unbedingt für die Sommerfaison erforderliche Gesellschaftsgarten. Wenn man nun die einzelnen Grundstücke unfer Stadt Neuve passiren läßt, um eins herauszufinden, welches den Bedürfnissen entsprechen könnte, so fällt das auf der Friedrichsstraße belegene, dem Tabagisten Zychlinski gehörende, sehr umfangreiche Grundstück ins Auge. Dasselbe Grundstück liegt an der schönen und lebhaften Friedrichsstraße, hat aber außerdem eine bedeutende Front an der Mühlenstraße. Der schon vorhandene Saal, aus welchem man unmittelbar in den Garten tritt, kann, wenn er den Ansprüchen nicht genügt, ohne Schwierigkeit und mit geringen Kosten vergrößert werden. Zimmer sind in ausreichender Zahl vorhanden und bedürfen nur einer Renovation und entsprechender Ausschmückung. Der Garten ist groß und schön eingerichtet, so daß er zu Promenaden, Konzerten u. s. sich besonders eignet. Das Grundstück wird in seiner ganzen Breite, — mehr als 200 Fuß — von dem Bocciantabade durchschnitten und es können die Mitglieder der Kasinogesellschaft nicht nur die schon vorhandenen Bädhäuser benutzen, sondern auch neue errichtet werden.

[Die Kolonialwaaren.] Auch bei uns steigen seit einiger Zeit alle Kolonialwaaren merklich im Preise; Kaffee, Zucker und ganz besonders alle Baumwollenwaaren haben einen höhern Preis gegen früher, natürlich im Zusammenhange mit dem nordamerikanischen Bürgerkrieg, wo nicht allein der Anbau der Baumwolle unterbleibt, sondern auch, im Interesse der Humanität, Unmengen von lagernder Baumwollenverbrannt worden sind. Ein Bericht von Hamburg vom 3. Okt. d. J. bringt eine Uebersicht über die Einfuhr und den Vorrath an Kolonialwaaren. 1861 wurden vom 1. Jan. bis ult. September in Hamburg eingeführt: 77,000,000 Pfd. Kaffee, 1862 im gleichen Zeitraum 66,000,000 Pfd.; Vorrath ult. Sept. 1861: 18,000,000 Pfd., 1862: 12,500,000 Pfd. Kaffee. Von Zucker wurden eingeführt: 1861 bis ult. September: 51,000,000 Pfd., 1862: 48,000,000 Pfd.; Vorrath ult. September 1861: 15,800,000 Pfd.; 1862: 8,000,000 Pfd. Von Baumwolle wurden eingeführt: 1861 bis ult. September: 81,000 Ballen, 1862: 43,707 Ballen; Vorrath ult. September 1861: 6000 Ballen; 1862: 1225 Ballen. Nach diesem Berichte ist ganz besonders ein weiteres Steigen der Baumwollenwaaren zu erwarten; und mit diesen gleichzeitig steigen auch die Feinenwaaren.

[Ertappter Dieb.] Seit einigen Tagen bemerkte der Bäckermeister M., Neustädter Markt Nr. 1 wohnhaft, daß die Zahl (Fortsetzung in der Beilage.)

seines Geflügels sich auffallend verminderte, so daß seine Wachsamkeit in Bezug auf fremde Persönlichkeiten, welche in dem Grundstücke sich sehen ließen, verdoppelt wurde. Gestern in den Mittagsstunden bemerkte er, wie ein junger Mann sich nach dem Souterraing des von ihm bewohnten Hauses begab und ziemlich lange nicht zurückkehrte, weshalb er sich veranlaßt sah, demselben nachzugehen. Er war hierbei so glücklich, den bereits mit einem großen Packet Betten beladenen Dieb im Flure anzufragen, so daß derselbe festgehalten und der Polizei überliefert werden konnte. Es wurde in dem Verbrechen der bereits mehrfach wegen Diebstahls bestrafte Valentin P. erkannt, welcher, trotzdem er in flagranti ertappt worden, doch die Absicht des Diebstahls ableugnen wollte.

— [Neues Blumen-Geschäft.] Der Kunstgärtner August Fleißig hat in der Berlinerstraße Nr. 13 eine Verkaufsstelle von Blumen eingerichtet, welche schon durch die äußerst geschmackvolle Ausschmückung des Schaufensters die Aufmerksamkeit der Vorübergehenden erregt und sich so die beste Empfehlung erworben hat. — Wir können das neue Unternehmen mit vollem Rechte empfehlen, da der Inhaber eine wirklich reizende Auswahl seltener Topfgewächse auf seinem Lager hält, außerdem aber die reizendsten Bouquets, Kränze etc. in geschmackvollster Weise auch aus natürlichen, getrockneten Blumen, welche mit Ausnahme des Geruches den frischen völlig gleichen und jahrelang dauern, selbst fertig und zu nicht zu hohen Preisen verkauft.

— [Aufgefundenes Skelett.] Bei Anlage einer neuen Kloakgrube auf dem Grundstücke Markt Nr. 55 wurde etwa 15 Zoll unter dem Pflaster ein menschliches Skelett aufgefunden, welches noch ziemlich gut erhalten war. Wie verlautet, dürfte es die Leberreste des in den dreißiger Jahren verstorbenen Eigentümers, Material- und Weinhändlers Karl Wilhelm P. sein, welcher, durch unglückliche Spekulationen in seinen Vermögensverhältnissen ruiniert, plötzlich verschwunden war, weshalb die Vermuthung aufsteht, er habe seinem Leben durch Ertränken ein Ende gemacht.

7. Oktober. [Landwirtschaftliche Ausstellung.] Der Eindruck, den das Ensemble der hiesigen Ausstellung auf den Referenten und wohl auch auf den größten Theil des anwesenden Publikums machte, war nicht ein so großartiger, als erwartet wurde. Schon der Umstand, daß die Stadt in ihrem alltäglichen Kleide blieb, (nur eine einzige, bei einem Kaufmann, ausgestellte Fahne, mit der Aufschrift: Wystawa, erklärte dem polnisch verstandenen Fremden die Ursache des Trubels) und also nirgend innerhalb der Stadt von einer Beteiligung der Bürger an dem Feste ein äußerer Beweis vorhanden war, mußte den mit großartigen Erwartungen erscheinenden Besucher bedeutend herabstimmen. Doch begeben wir uns auf den Aufstellungsplatz selbst, welche Menge roth-weißer Fahnen fällt uns da in die Augen! Schon von Ferne kennzeichnet sich durch dieselben die für die Zuschauer bestimmte Tribüne.

Doch im Centrum ihrer Dede weht eine große weiße Fahne mit dem schwarzen preussischen Adler. Gegenüber dieser wohl für 600 Personen eingerichteten Tribüne befindet sich die für die Kapelle, auf deren Dede eine blaue Fahne mit dem hiesigen Stadtwappen von dem Winde hin- und hergetrieben wird. Die Militärkapelle aus Namieci leistete Treffliches und trug nicht wenig zur Verherrlichung des Festes bei. Prachtig und nach großstädtischem Maaßstabe eingerichtet war das von Herrn Niedzwadowski aus Breslau eingerichtete Buffet. Nahe an 1000 Personen konnten in diesem geräumigen Saale Platz finden. Doch Herr Niedzwadowski, der ohne irgend eine ihm gebotene Garantie das Buffet übernahm, suchte sich durch etwas sehr hohe Preise heute vor Schaden sicher zu stellen.

Einen schönen und imposanten Eindruck genoß man erst, wenn man sich auf den höchsten Stufen der Tribüne befand und von da herab sah. Die ungeheure Menschenmenge, die verschiedenartigen, zum großen Theil alt-polnischen Trachten bei Herren und Dienern, die Masse der hüdenweißen aufgestellten Pferde und Kinder u. s. w. boten dem Auge einen höchst ergötzlichen Anblick.

Doch sehen wir von all diesem ab, und betrachten uns die ausgestellten Gegenstände. Hier ziehen zunächst unsere Aufmerksamkeit auf sich landwirtschaftliche Geräthschaften, eingeleitet von Segielski aus Posen, Schubart und Comp. in Dresden, auch Bawe in Polnisch-Lissa, deren Einrichtung und Nutzen zu beschreiben, dem Referenten leider die nöthigen Fachkenntnisse abgehen. Auch seltene Vögel konnte man da sehen, Adler u. s. w., welche von dem Dominum Bafoslaw zur Schau gestellt waren. (Den sachlichen Bericht behalten wir dem „landwirtschaftlichen Wochenblatt“ vor. D. Red.)

7. Oktober. [Wettrennen.] Das Wettrennen begann heute um 10 Uhr an einer durch rothweiße Fahnen bezeichneten Bahn. Auf der Tribüne der Preisrichter waren auch drei Damen, unter ihnen die Fürstin Sulkowska, welche die Bestimmung hatten, den Siegern die Preise auszubändigen. Das erste Rennen hatte statt zwischen dem Herrn v. Jaraczewski aus Leipzig und Herrn v. Perzowski aus Gr. Kreutz bei Frankfurt. Letzterer blieb Sieger und empfing als Preis einen silbernen Becher. Im zweiten Rennen siegte Herr Th. v. Jaraczewski aus Lowence. Dann folgte

ein ergötzliches Bauern-Rennen mit 6 Theilnehmern; den Schluß bildete ein Horden-Rennen und ein Trabreiten, woran wieder nur zwei Herren Theil nahmen.

8. Oktober. [Gewerbeverein; Feuer; Chaussee.] In der vorgestrigen Versammlung des hiesigen Gewerbevereins hielt der Vorsitzende, Feldmesser v. Knobelsdorf, einen Vortrag über den Unterschied zwischen Gewerbe- und Handwerkervereinen, in eben so gründlicher als klarer und bereichernder Weise. Die Fragen aus der letzten Versammlung: 1) Wird durch Anwendung des Wasserglases ein Glanz auf den Wänden erzielt? 2) Welchen Schutz bietet dasselbe gegen Feuer, wenn Holz und andere brennbare Gegenstände damit bestrichen werden? 3) Welche Dauer gewährt dasselbe in diesen Fällen? beantwortete ein Mitglied erschöpfend. Die aus einer früheren Versammlung noch zu weiterer Erörterung offen stehende Frage über Dachpappdächer fand ebenfalls ihre Erledigung. Der Verein nimmt immer mehr an Ausdehnung zu. Die Zahl der Mitglieder beträgt bereits gegen 70. — In der Nacht vom 4. zum 5. d. M. brach in Lwice, hiesigen Kreises, Feuer aus, wodurch das Wohnhaus des Wirtes D. nebst Scheune und Stallungen ein Raub der Flammen wurden. Auch bei diesem Feuer scheint ruflose Hand im Spiele zu sein. — Seit vorgestern sind die Chausseearbeiten zwischen hier und Bentschen auf zwei Stellen, bei Siebleck und Köbnitz, in Angriff genommen worden. Die Chaussee von Frankfurt ist gänzlich beendet; nur kann die Strecke von Widzin hierher (1/2 Meile) wegen Mangel an Regen nicht befahren werden.

8. Oktober. [Posen-Kreis-Kommission; Chaussee.] Die Gründe, welche gegen den Bau einer Chaussee von Kijkowo nach Posen in Nr. 227 dieses Blattes von Mur. Goshin aus vorgebracht werden, haben die Eigenschaft von Wünschen, deren Erfüllung zwar Goshin zu gönnen, auf die nach Lage der bei dem Bau von Verkehrsstraßen in Betracht kommenden Verhältnisse indes nicht so bald zu rechnen ist. Den Schweinehandel hat Goshin verloren, weil sich dieses Zweiges andere, sehr fehrlich besser beleagerte Orte und überhaupt die Konkurrenz bemächtigt und auf die Eisenbahnen hingelenkt hat. Bei Anlage einer Chaussee müssen vorweg die Richtungen der schon bestehenden Linien und der Markt in Betracht kommen, auf dem die Produkte des betreffenden Gebietes leichter und bessere Verwerthung finden und nach diesen Kriterien bestimmt sich die längere oder kürzere Durchschneidung solcher Distrikte mit Chausseen, die reich an Bodenprodukten oder mit den Vorbedingungen zur Erzeugung derselben versehen sind, ohne dieselben vorthelhaft für sich und damit gleichzeitig für das staatsökonomische Interesse an den Markt bringen zu können. Von Posen aus führt eine Chaussee über Goshin, Wogrowitz nach Erin und weiter, eine andere in der Richtung über Goshin und Mlecko ebenfalls nach Erin. Alles Land was dazwischen liegt, ist bis auf Kojaszyn-Pudoniz ohne Chaussee-Verbindung; wie groß dieses Zwischenland ist, bei welchem die Kreise Posen wesentlich, Schroda weniger, Goshin und Wogrowitz bedeutend beteiligt sind, lehrt ein Blick auf die Karte. Im Kreise Posen würden etwa Kojaszyn, Kicin, die v. Treskow'schen Güter Wierzonka, Carlomitz und Feldmark Wierzonka, dem Grafen Kojaszynski gehörig; im Kreise Schroda die in den Dornier'schen hienreichende königl. Forst Zielonka und demnach eine Reihe deutscher Haulandereien berührt werden, ehe man in den Kreis Goshin und damit bald nach dem bescheidenen Städtchen Kijkowo gelangt. Die Umgegend von Kijkowo ist fruchtbar; größere Güterkomplexe, wie Pawlowo, Stawiam, Rybno, Slowino und Kofezowo, größtentheils schon mit Brennereien versehen, würden durch Erleichterung des Verkehrs bedeutend an Produktivität gewinnen; die Wälder von Schokken, Wyjola und Kijkowo würden aber neben der schon genannten königl. Forst ihre täglich theurer werdenden Produkte bis Posen leicht und wohlfeiler liefern können. Die Wichtigkeit des Chausseebauprojekts in seiner Totalität verlangt freilich einen helleren Gesichtskreis, als ihn einzelne Glieder der bei der Ausführung mitwirkenden Faktoren, mitunter durch Partikular- oder Partei-Interesse umhüllt, haben mögen. Die Kreisstage und ihre Abstimmungen dokumentiren dies; ein bauerlicher Delegat will nur konsentieren, wenn einzelne Kontribuenten größere Opfer bringen, der andere verweigert herkömmlich Alles; ein dritter liegt mit seiner Bejagung bereits an einer Chaussee oder Eisenbahn und spricht dem andern Theile des Kreises das Bedürfnis für Kommunikationen ab. Fragen wir, wie es trotz dieser Hindernisse möglich gewesen, gerade in der Provinz Posen das Chausseebauprojekt unter Bewilligung namhafter Opfer zu so großer Ausdehnung zu bringen, so wenden sich die Blicke unwillkürlich zurück auf die Wirksamkeit des Oberpräsidenten v. Buttkammer und auf die Organe, welche denselben in einzelnen Mitgliedern der Verwaltung, wie z. B. dem Regierungsrath Ziegler, rüchlich des Posener Departements thätigst unterstützten. Auf die schaffende persönliche Wirksamkeit des betreffenden Beamten kommt Vieles, mitunter Alles an, namentlich da, wo es gilt, zur Ausführung eines allgemeinen nützlichen Werkes widerstrebende Elemente zu vereinigen. Die Kreise Goshin und Posen erhalten neue Verweiser der Landrathsämter. Beide Kreise haben im Wegebau noch viele Mängel aufzuweisen; ihnen abzuheben, ist eine schöne, dankverdienende Aufgabe. Mögen sich diese Aufgabe, da gerade von Kijkowo-Posen die Rede ist, die neuen Herren Landräthe auch in Bezug auf dieses Projekt stellen.

Bermischtes.

* Ein Buchbindermeister in Berlin wollte in der Taufe seinem Knäblein den Namen Waldeck beilegen. Der Prediger weigerte sich, auf diesen Namen zu taufen, und hat von der vorgesetzten Behörde Recht erhalten.

* Man baut gegenwärtig mit ungemeiner Thätigkeit und an vielen Punkten zugleich an den unterirdischen Abzugskanälen von Paris. Seit der Cloaca maxima des Tarquinius Priscus hat man in dieser Art von Bauwerken nichts Größartigeres geleitet. Sammtliche Abzugskanäle nahmen im vorigen Jahre schon einen Längenausmaß von 170,000 Metres ein. Sind aber einmal alle projektirten Arbeiten ausgeführt, so besitzt Paris ein Kloakensystem von 540,000 Metres oder 135 Stunden Länge, während die Straßen des heutigen Paris nur 106 Stunden lang sind. Die Differenz erklärt sich dadurch, daß zum Theil für noch anzulegende Straßen die Abzugskanäle schon jetzt mit in Aufschlag gebracht sind, und daß einzelne breite Straßen zwei gleichlaufende Kanäle erhalten.

Telegramm.

Berlin, 9. Oktober. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses zeigt Herr v. Bismarck-Schönhausen die Entlassung des Grafen Bernstorff und des Herrn v. Holzbrück, so wie seine eigne Ernennung zum Präsidenten des Staatsministeriums und Minister der auswärtigen Angelegenheiten an. Graf Jheunph ist mit der einstweiligen Verwaltung des Handelsministeriums beauftragt.

Angekommene Fremde.

Vom 9. Oktober.

HOTEL DU NORD. Bauinspektor Brienitz aus Wapno, die Rittergutsbesitzer v. Buchowski aus Pomorzanti, v. Beronski aus Wroza, Ludwig aus Debiez, v. Koscielski aus Smielowo, v. Goldeski aus Jajkowo und Graf Gutajowski aus Turwia, Frau Rittergutsbesitzer v. Bafloca aus Ezerin und Bevollmächtigter Grodzi aus Kiedorf.

OEHLIG'S HOTEL DE FRANCE. Landschaftsrath und Rittergutsbesitzer v. Karczewski aus Lubra, die Oberamtmänner Opiz aus Kowencin und Selig aus Krowino, Gutsbesitzer v. Kurnatowski aus Lubra, die Kaufleute Stöbling aus Harburg, Schmarle und Frigmann aus Berlin.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Kaufleute Adam aus Breslau, Meyer aus Bremen und Dajus aus Dresden, Lieutenant in der 2. Artilleriebrigade v. Utruch aus Stettin, Ober-Landschaftsrath Graf Starjennski aus Warchau, die Gutsbesitzer v. Kientowski aus Smulzeno, v. Sawicki aus Kujbino und v. Vietinghoff aus Prenzlau.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Rittermeister v. Kalkreuth aus Weizenfels, Rittergutsbesitzer Gröbel nebst Frau aus Kapachanie, Frau Gutsbesitzer Brandt aus Kija, die Kaufleute Cramer aus Kcin, Beer aus Kiegus, Thiel aus Düsseldorf, Pentschel aus Dresden, Scharps aus Breslau, Ullmann und Tuchmann aus Dessau.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Die Rittergutsbesitzer Kienemann aus Kenta und v. Rudolph aus Baborowo, Frau Rittergutsbesitzer v. Wygonowska aus Kschuten und Kaufmann Huber-Caris aus Stettin.

BAZAR. Bürger Paszowski aus Krafan, die Gutsbesitzer Graf Westerski aus Wroblewo, v. Koczowski aus Gzernin, v. Kaczowski aus Warchau, v. Gelmicki aus Polen, v. Wlozjenski aus Wiatowo, v. Kaci aus Posadowo und v. Wlozjenski aus Stempuchowo, die Gutsbesitzer Frauen v. Dobrowska aus Polen und v. Kefowska aus Kojusz.

HOTEL DE BERLIN. Titularrath Odyniec nebst Frau aus Wilna, Kreis-Kassenrendant Günther aus Weichen, Apotheker Krüger und Kellner Eust aus Stenjewo, Frau Oberamtmann Kender aus Kschowo, Cand. theol. Richter aus Stettin, Rittergutsbesitzer Bartelsen aus Groß-Staroleka und Kaufmann Heberg aus Bamberg.

KEILER'S HOTEL ZUM ENGLISCHEN HOF. Die Kaufleute Schöps aus Lissa und Schöps aus Koblyn, die Inspektoren Rubach und Brocki aus Kiezrowo.

EICHORN'S HOTEL. Dekonom Welke aus Arnswalde.

EICHNER BORN. Handelsfrau Szpeter aus Wieruszow.

DREI LILIE. Gutsbesitzer Gadamski aus Golimowo, Gastwirth Trzypinski aus Polajewo und Kaufmann Knoll aus Gräg.

KRUG'S HOTEL. Frau Klempnermeister Wilke aus Stettin und die Destillateur Mayr sen. und jun. aus Eschopin.

PRIVAT-LOGIS. Gutsbesitzer Graf Samoycki aus Petersburg, Markt 78.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung.

Montag den 13. dieses Monats, Vormittags 10 Uhr.

soll der aus Fachwerk bestehende alte Streuschuppen auf dem Hofe des Artillerie-Pferdestalles in der großen Ritterstraße zum Abbruch öffentlich meistbietend gegen gleich baare Bezahlung verkauft werden.

Posen, den 8. Oktober 1862.

Königliche Garnisonverwaltung.

Bekanntmachung.

Der für die rathhauischen Büreaus und städtischen Institute erforderliche Bedarf an Lichten, Seife und Stärke pro 1863 soll durch den Mindestfordernden geliefert werden. Zur Annahme der Offerten haben wir einen Termin auf den 28. Oktober c.

Vormittags 11 Uhr

vor dem Stadtkellner Herrn Plichta auf dem Rathhause anberaunt. Die näheren Bedingungen sind in unserer Registratur einzusehen.

Posen, den 3. Oktober 1862.

Der Magistrat.

Die Prüfung und Aufnahme neuer Schüler in das hiesige Progymnasium findet am Montag den 13. Oktober Vormittags von 9 bis 12 Uhr und Nachmittags von 2 bis 4 Uhr im Schullokale statt.

Schrimm, den 8. Oktober 1862.

Das städtische Progymnasium.

Der Unterricht in meiner Schulanstalt, (Markt 57) beginnt Dienstag den 14. Oktober. Zur Aufnahme neuer Schüler bin ich täglich von 2-5 Friedrichstr. 24 bereit. Der ehemalige Oberprediger Wenzel.

Meine Erziehungs- und Unterrichtsanstalt,

welche ich von der Breslauerstraße nach Berlinerstraße Nr. 13 (nahe am Plage) verlegt habe, empfehle ich zur Aufnahme von Pensionären und Halbpensionären.

Rect. Rosenstock.

Religionslehrer an der Realschule.

Unterrichts-Anzeige.

Der Unterricht beginnt in meiner Schule (St. Martin- und Bergstr.) Montag den 13. Oktober.

Nolke.

Auktion

eiserner Geldschränke, Möbel, Kleider und Cigarren.

Montag den 13. Oktober c.

Vormittags von 9 Uhr ab werde ich in dem Auktionslokal Magazinstr. 1 diverse Möbel, Betten, Kleidungsstücke, Glas- und Porzellangeschirre, Küchengeräthe, und um Punkt 11 Uhr 4 Stück feuerfeste, diebstahlsichere eiserne Geldschränke, kleine, mittel und große Gattung, aus einer renommierten Berliner Fabrik und eine Partie abgelagerte Cigarren öffentlich meistbietend gegen baare Zahlung versteigern.

Zobel, königl. Auktionskommissarius.

Hagelschaden- und Mobiliar-Brand-Versicherungs-Gesellschaft zu Schwedt.

Nach Vorschrift der §§ 69 und 84 unserer Statuten verfallen Dividenden und Schadensvergütungen, welche durch die Theilhaber nicht innerhalb zweier Jahre nach dem Rechnungsabschlusse abgehoben sind, zu Gunsten des Reservefonds unserer Gesellschaft. Wir fordern deshalb alle diejenigen auf, welche in dieser Beziehung aus dem Jahre 1860 noch Ansprüche an uns haben, solche, und zwar sobald dieselben in Dividendenforderungen bestehen, unter Beifügung der von ihnen vollzogenen Dividenden-scheine, bis einschliesslich den 31. December d. J. geltend zu machen.

Schwedt, den 7. October 1862.

Das Directorium.

Der Gehörarzt Dr. C. Lindner aus Kiegnitz ist für seine Patienten Sonntag und Montag den 12. und 13. Oktober in Posen im Hotel zum schwarzen Adler, große Gerberstraße zu sprechen.

Sein neu eingerichteter Hotel: „Zur Stadt Rom“, Albrechtsstraße 17 in Breslau, empfiehlt hierdurch bestens E. Aslet. NB Elegante Zimmer von 10-15 Sgr. pro Tag.

Ein fortepiano

ist zu verkaufen oder zu vermieten Biegenstr. 20, 1. Etage.

Eine Partie zu Kraut sich eignender Fässer diverser Größe steht zum Verkauf bei Hartwig Kantorowicz, Bronkerstraße Nr. 6.

Aufere Neuheiten in wollenen und seidenen Kleiderstoffen, in Mänteln, Paletots und Jacken, in Gardinen, Teppichen und Tischdecken, so wie in Herren-Garderobeartikeln

empfehlen in reichhaltigster Auswahl Julius & Simon Lasch, vorm. Meyer Fink Nachfolger, Markt Nr. 57.

(Ein alter, aber brauchbarer Destillirapparat (4-500 Quart), wird zu kaufen gesucht. Näheres bei Kerschmann Labischin & Co., Schuhmacherstraße Nr. 1.

(Ein gebrauchter Wagon-Fügel steht zum Verkauf bei Carl Eke, Magazinstr. Nr. 1 (Bronkerthorplatz).

Böhnerwische,

Fußbodenglanzack und geriebene Delfarben

empfehlen in bekannter Güte billigt die Droguerie- und Farbwaaren-Handlung von F. C. Fries, Breitestraße 14, Ecke der Gerberstraße.

Vom 13. Oktober c. ab wird das Pfund Obrower Butter à 10 Sgr. verkauft.

Sehr schönen feinen Matjeshering à 6, 8 Pf. und 1 Sgr., feinen Fetterhering à 4 u. 6 Pf., sehr schönen Vollhering à 7 u. 8 Pf., schochweisse billigtens, kleinen feinen Fetterhering à Mandel 1/2 Sgr., feinste Prob. Sardellen à 5 Pf. 5 Sgr., marinierte Feringe à Etüd 1 Sgr., empfiehlt in schönster Qualität H. Rosenstein, Waflerstraße 6.

Großkörnigen Astra-

chanischen Caviar, frische Kieler Sprotten, fetten geräucherten Lachs, Bajoner Schinken, Trüffel-leber- und feinste Braunschweiger und Gothaer Cervelat-wurst, so wie echte Teltower Rübchen empfangen und empfehlen W. F. Meyer & Co., Wilhelmplatz Nr. 2.

Frische Kieler Sprotten und frische Braunschweiger Trüffel-leberwurst empfiehlt

Jacob Appel,

Wilhelmstr. 9, vis-à-vis Mylius Hotel.

Weintrauben jeder Gattung s. hab. hinterm Wildthor 1. Garten links. Grolafski.

Meinen geehrten Kunden die ergebene Anzeige, daß ich mein Geschäft nach Markt- und Neustrassen-Ecke in das bisherige Schuppig'sche Lokal verlegt habe.

A. Birner.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. jur. M. M. Zochmus in Posen. — Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.